

SPD

**Bezirksparteitag am 30. April 1966
in der Stadthalle Braunschweig**

Geleitwort

Die vorliegende Broschüre gestattet einen Überblick über die politische Arbeit des SPD-Bezirks Braunschweig. Sie zeigt, mit welcher Aktivität an die gestellten Aufgaben hergegangen wurde. Diese Leistung ist von einem großen Teil der braunschweigischen und niedersächsischen Wähler anerkannt worden. Es gilt jetzt, die gute Position weiter auszubauen.

Das Ergebnis der Bundestagswahl 1965 zeigte, daß unsere Partei sich auf dem richtigen Weg befindet. Zwar haben wir unser Ziel nicht erreicht, doch brauchen wir mit dem Ergebnis nicht unzufrieden zu sein. Nichts braucht von dem zurückgenommen zu werden, was wir im Wahlkampf vertreten haben.

Wir hatten ein umfassendes innenpolitisches Programm entwickelt. Dieses Programm ist nicht bequem, aber es ist notwendig. Gestützt auf den Auftrag ihrer Wähler ist die SPD verpflichtet, die gegen sie gebildete Regierung einer sorgfältigen und harten Kontrolle zu unterziehen. Sie wird nicht das Feigenblatt sein, das die Schwäche der Koalition verdeckt.

Es ist in der letzten Zeit viel über die innerparteiliche Diskussion in der SPD geschrieben worden. Diese innerpolitische Diskussion ist ein permanenter und erwünschter Vorgang. Niemand will bestreiten, daß diese Partei aus den Erfahrungen zu lernen und sich Gedanken darüber zu machen hat, wie sie es noch besser machen kann.

Es steht aber fest, daß das Godesberger Grundsatzprogramm unumstritten ist. Es steht auch fest, daß unsere Sachprogramme für die praktische Politik von der ganzen Partei getragen werden. Die Führung der SPD weiß um ihre Verantwortung und läßt sich nicht auseinandermanövrieren. Wir haben deshalb allen Grund, selbstbewußt in die Zukunft zu blicken.

In diesem Sinne grüße ich den Parteitag.

Herausgeber:
SPD-Bezirk Braunschweig

Druck: braunschweig-druck GmbH, 33 Braunschweig,
Schloßstraße 8



1965

Vorwort

Die vergangenen Tage der Rechenschaft, der Bilanz und der politischen Weichenstellung. Von diesen drei Gesichtspunkten wird sich auch der Parteitag des SPD-Bezirks Braunschweig leiten lassen müssen, will er zu dem Ergebnis kommen, das die Braunschweiger Sozialdemokraten sich selbst von ihm erhoffen.

Die vergangenen zwei Jahren hat sich erwiesen, daß die gemeinsame Zusammenarbeit auf allen und zwischen allen Ebenen unserer Parteiorganisation der Schlüssel politischer Erfolge ist.

Die nächsten Wahlen sind wir gestärkt hervorgegangen. Bei den kommunalen Kommunalwahlen des Jahres 1964 in unserem Verwaltungsbezirk wir Sozialdemokraten 33 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf uns verzeichnen. Bei den Bundestagswahlen 1965 hatten wir mit einem

Anteil von 45,2 Prozent gleichfalls die Nase vorn. Wir wollen uns des Erreichten freuen, aber niemals darüber vergessen, daß harte Arbeit der Preis dafür war. Bei dieser Gelegenheit allen Freunden und Mitgliedern für den geleisteten selbstlosen Einsatz zu danken, ist mir ein aufrichtiges Anliegen. Nichts wäre unserer Sache jedoch abträglicher, wenn wir uns mit dem Erreichten zufriedengeben würden. Stillstand heißt Rückgang. Erfolge werden uns auch in Zukunft nicht in den Schoß fallen, ohne daß wir das Unsrige dazu tun. In diesem Sinne wünsche ich dem Bezirksparteitag für seine Arbeit vollen Erfolg, zum Wohle der hohen Ziele der deutschen Sozialdemokratie, zum Wohle unserer Mitbürger dies- und jenseits des Stachelndrahts, zum Wohle unseres deutschen Vaterlandes.

W. Heinz Morgenstern



Bezirksvorstand

Vorsitzender: Dr. Heinz Morgenstern, Wolfenbüttel
Stellvertretender Vorsitzender: Walter Schmidt, Braunschweig
1. Schriftführer: Adolf Richter, Wolfshagen
2. Schriftführer: Rudi Hauck, Helmstedt
Kassierer: Willi Köhler, Braunschweig
Beisitzer: Otto Benemann, Braunschweig
Ernst Kunkel, Wolfenbüttel
Friedel Rosenbruch, Braunschweig
Hans-Jürgen Junghans, Salzgitter-Bad

Vertreter der Jungsozialisten im Bezirksausschuß: Eduard Beischall, Salzgitter-Lebenstedt
Vertreterin der Frauen im Bezirksausschuß: Emmi Grevecke, Braunschweig
Revisoren: Rudolf Hanleimann, Braunschweig
Helmut Kühne, Braunschweig
Hans Rosenreiter, Braunschweig
Bezirksgeschäftsführer: Hans-Joachim Stief

Vorläufige Tagesordnung

- 9.00 Uhr: Eröffnung und Begrüßung
- Wahl der Versammlungsleitung
Wahl der Mandatsprüfungskommission,
des Wahlausschusses
und der Antragskommission.
- 9.30 Uhr:
- a) Berichte des Bezirksvorstandes
 - b) Kassenbericht
 - c) Berichte der Revisoren
 - d) Bericht der Mandatsprüfungskommission
 - e) Aussprache
 - f) Schlußwort des Bezirksvorsitzenden
- 12.00 Uhr: Mittagspause
- 13.30 Uhr: Beratung und Beschlußfassung
des Entwurfs einer neuen Satzung
Feststellung der Wahlvorschlüge
Wahl des Bezirksvorstandes
Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag
Anträge
Referat Willy Brandt
Aussprache
- Schlußwort des Bezirksvorsitzenden



Geschäftsordnung

- § 1
Der erste Bezirksvorsitzende eröffnet und leitet den Bezirksparteitag bis zur Wahl der Versammlungsleitung. Er wird vertreten durch den zweiten Vorsitzenden.
- § 2
Vor Aufnahme seiner Arbeit beschließt der Bezirksparteitag die Tagesordnung und wählt
a) die Mandatsprüfungskommission, die aus fünf ordentlichen Delegierten besteht;
b) einen Wahlausschuß für die Wählhandlungen, der aus fünf Gastdelegierten besteht. Seine Aufgabe ist, Stimmzettel auszugeben und einzusammeln, die Wahlergebnisse festzustellen und schriftlich dem Tagungsvorsitzenden zu übergeben;
c) eine Antragskommission, die während der Tagung Empfehlungen zu den eingegangenen Anträgen erarbeiten soll.
- § 3
Abstimmungen sind offen; geheime Abstimmungen werden nur durchgeführt, wenn es die Sache erfordert oder der Bezirksparteitag es beschließt. Wahlabstimmungen erfolgen schriftlich und geheim, wenn die Konferenz nicht einstimmig offene Wahl beschließt.
Das Stimmrecht kann nur persönlich und unmittelbar ausgeübt werden. Eine Übertragung auf einen anderen Delegierten ist unzulässig und macht die Stimmabgabe ungültig.
Wahlvorschläge können auch mündlich und jederzeit vor der Abstimmung eingebracht werden.
Vorstandswahlvorschläge werden zu Beginn des Bezirksparteitages bekanntgegeben; neue Wahlvorschläge können nur schriftlich bis zum Beginn dieses Tagesordnungspunktes eingereicht werden.
Beschuß gefaßt ist, wenn der Tagungsvorsitzende augenscheinlich eine Mehrheit eindeutig erkennt und dies feststellt. Wird das angezweifelt, muß ausgezählt werden.
- § 4
Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen. Das Wort wird in der Reihenfolge der Wortmeldungen erteilt. Mitglieder des Bezirksvorstandes kann außer der Reihe das Wort erteilt werden.
- § 5
Ein Delegierter muß „zur Sache“ sprechen. Versißt der Diskussionsrechner gegen diese Vorschrift, so kann ihm das Wort entzogen werden. Ein Delegierter kann zu einer Antragsgelegenheit nur einmal sprechen.
- § 6
Die Berichterstatter der Antragskommission sprechen als erste zu den bearbeiteten Anträgen. Sie sind berechtigt, am Schluß einer Aussprache über einen Antrag ein Schlußwort zu sprechen.
Über Zusatz- oder Abänderungsanträge muß zuerst beraten und entschieden werden, bevor über den Hauptantrag in ursprünglicher oder abgeänderter Form abgestimmt wird.
- § 7
Ein Delegierter ist berechtigt, Abweichungen von der Geschäftsordnung zu beanstanden; das geschieht durch einen Zuruf „zur Geschäftsordnung“. Danach ist dem Delegierten sofort und außer der Reihe das Wort zu erteilen, sobald Rednerwechsel heranzieht. Zur Sache darf er dabei nicht sprechen.
Über Anträge zur Geschäftsordnung ist sofort zu beraten und zu entscheiden. Es darf nur je ein Redner dafür und dagegen sprechen. Anträge auf „Übergang zur Tagesordnung“, auf „Schließen der Rednerliste“ und auf „Schluß der Debatte“ sind Anträge zur Geschäftsordnung.
- § 8
Nach Schluß der Aussprache über einen Antrag und vor Ankundigung der Abstimmung kann das Wort nur „zur Abstimmung“ erteilt werden, wenn ein Delegierter die

genaue Formulierung des Antrages erfragen will. Während der Abstimmung darf das Wort nicht mehr erteilt werden.

§ 9

Personliche Bemerkungen sind zulässig. Sie dienen zur persönlichen Rechtfertigung.

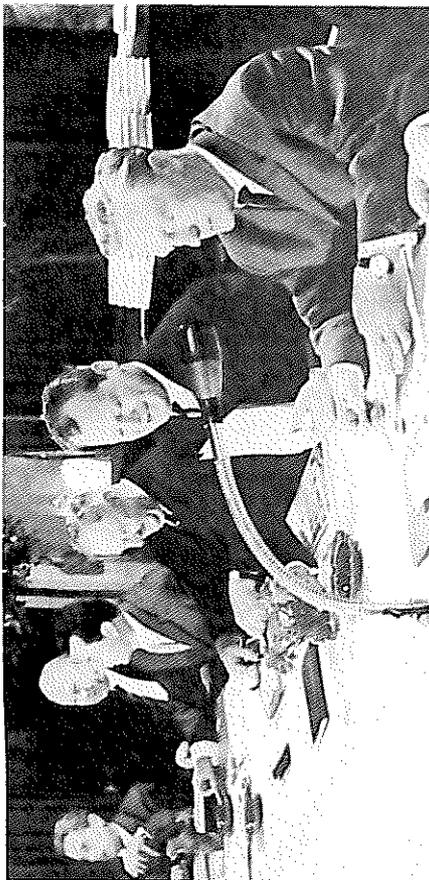
§ 10

Über den Verlauf des Bezirksparteitages ist eine Niederschrift anzufertigen. Sie (die Niederschrift) hat Anträge wörtlich und Abstimmungsergebnisse festzuhalten. Bestimmte Ausführungen müssen jedoch wörtlich aufgezeichnet werden, wenn ein Redner es ausdrücklich für einige Sätze, z. B. für seine Stellungnahme bei Abstimmungen, verlangt.

§ 11

Diese Geschäftsordnung gilt auch für alle nachfolgenden Bezirksparteitage. Eine Abänderung während eines Bezirksparteitages ist nicht möglich; sie kann jedoch vor einem Bezirksparteitag geändert werden, wenn die Änderungsanträge fristgemäß eingereicht sind.

Willi Brandt im Präsidium des Bezirksparteitages



Der Bezirksvorstand

Die Tätigkeit des Bezirksvorstandes und des Sekretariats war während der vergangenen Zeit weitgehend von den Erfordernissen des Kommunalwahlkampfes 1964 und des Bundestagswahlkampfes 1965 bestimmt. Nachdem der Bundesparteitag in Karlsruhe im November 1964 die Grundlinien des Wahlkampfes aufgezeigt hatte, waren vom Bezirksvorstand und Bezirksausschuß die vielen Einzelentscheidungen zu treffen, die zur erfolgreichen Führung eines Wahlkampfes nun einmal notwendig sind.

Der Bezirksvorstand tagte, von Ausnahmen abgesehen, einmal im Monat. Seine Arbeit beschränkt sich dabei nicht nur auf die Aufgaben, die die Wahlkämpfe unmittelbar stellen. Wichtige Entscheidungen der Landespolitik, wie die Verabschiedung des Konkordats und die Bildung einer großen Koalition in Niedersachsen, wurden eingehend beraten. Die Öffentlichkeitsarbeit und der Kontakt zu den vielfältigsten Kreisen der Bevölkerung wurde durch besondere Veranstaltungen gefördert.

Unter anderen sei hier die am 29. August 1964 in Goslar durchgeführte Großkundgebung mit dem Thema „Europa – Grundstein zum Frieden“ erwähnt.

Auch Fragen organisatorischer Art, die in einer so großen und weitverbreiteten Partei stets ihre besondere Bedeutung haben, mußten laufend behandelt werden.

Eine gezielte Mitgliederwerbung und die Gründung neuer bezirklicher Arbeitsgemeinschaften kennzeichnen die Bemühungen auf diesem Gebiet.

Um den so notwendigen unmittelbaren Kontakt mit den Kreisvorständen und Ortsvereinen enger zu gestalten, wurde erstmalig der Versuch unternommen, Ortsvereinsvorsitzendenkonferenzen auf Bezirksebene durchzuführen. Dabei wurden aktuelle Fragen wie die Vorbereitung und Auswertung der Bundestagswahl und die Niedersächsische Landespolitik behandelt.

Der Bezirksausschuß

Der Bezirksausschuß tagte seiner Aufgabe gemäß vor wichtigen und grundlegenden politischen Entscheidungen insgesamt neunmal in der Berichtszeit. Durch die Sitzungen des Bezirksausschusses sollte u. a. die laufende Unterrichtung unserer Unterbezirke und Kreise über die Wahlkampfkonzepktion und alle weiteren Vorhaben gewährleistet werden.

Für die Ausarbeitung des Entwurfs einer neuen Satzung bildete der Ausschuß eine Kommission, deren Ergebnisse beraten wurden und dem Bezirksparteitag zur Beschlussfassung vorliegen.

Die Mitgliederbewegung 1964/65

In den Jahren 1964 und 1965 konnten wir 2.630 neue Mitglieder im Bezirk Braunschweig aufnehmen. Die Zahl der jungen Menschen, die der Partei in den Berichtsjahren beigetreten sind, ist ebenfalls steigender Tendenz. Abgänge durch Tod oder Abwanderung in andere Gebiete der Bundesrepublik – besonders aus Passivräumen des Zonenrandes – konnten dadurch sogar mehr als wettgemacht werden.

Mit einer echten Zunahme von 733 Mitgliedern haben wir in diesen zwei Jahren einen Zuwachs zu verzeichnen, der höher ist als in den zurückliegenden zehn Jahren. Es dürfte kaum vermessen sein, darin ein zunehmendes Vertrauen in die Politik unserer Partei zu sehen.

Allen Mitgliedern, die bei der Werbung mitgeholfen haben, sei an dieser Stelle nochmals gedankt.

Mitgliederbewegung 1964

Kreis	Stand 1. 1. 1964			Eingetretene			Zugesagte			Zusammen			Ausgetretenen			Ge-storbenen			Stand 31. 12. 1964			±	%
	m.	w.	g.	m.	w.	g.	m.	w.	g.	m.	w.	g.	m.	w.	g.	m.	w.	g.	m.	w.	g.		
Braunschweig-	5 024																						
Stadt	3 706	1 318	314	98	153	43	4	173	1 459	44	23	26	19	221	54	104	20	3 778	1 343	343	+ 97	+ 1,9	
Braunschweig-	1 142																						
Land	1 000	142	190	17	40	3	1 230	162	21	11	5	4	26	3	25	2	1 153	142	142	+ 153	+ 13,4		
Wolfenbüttel	1 752																						
	1 539	213	256	25	31	---	1 826	238	34	9	7	2	28	5	41	2	1 716	220	184	+ 184	+ 10,5		
Gandersheim	1 557																						
	1 373	184	174	9	3	1 556	196	26	5	5	---	13	6	36	3	1 476	182	101	+ 101	+ 6,5			
Goslar	933																						
	803	130	92	18	10	1	905	149	19	5	---	24	2	23	4	839	138	44	+ 44	+ 4,7			
Helmstedt	2 419																						
	2 010	409	157	43	27	4	2 194	456	40	13	15	---	63	5	41	8	2 035	430	46	+ 46	+ 1,9		
Salzgitter	1 720																						
	1 489	231	166	22	24	5	1 679	258	25	2	4	---	39	12	24	---	1 587	244	111	+ 111	+ 6,5		
Blankenburg	301																						
	281	20	32	1	3	---	316	21	3	---	---	2	7	7	---	304	14	17	+ 17	+ 5,6			
Insgesamt	14 848																						
	12 201	2 647	1 381	233	297	59	13 879	2 938	212	68	62	25	416	94	301	39	12 888	2 713	753	+ 5,1			

Mitgliederbewegung 1965

Kreis	Stand 1. 1. 1965			Eingetretene			Zugesagte			Zusammen			Ausgetretenen			Ge-storbenen			Stand 31. 12. 1965			±	%
	m.	w.	g.	m.	w.	g.	m.	w.	g.	m.	w.	g.	m.	w.	g.	m.	w.	g.	m.	w.	g.		
Braunschweig-	5 121																						
Stadt	3 778	1 343	246	74	234	64	4 258	1 481	80	28	18	5	269	106	77	23	3 814	1 319	12	+ 12	+ 0,2		
Braunschweig-	1 295																						
Land	1 153	142	105	15	34	5	1 292	162	29	3	6	2	26	4	25	4	1 206	149	+ 60	+ 60	+ 4,6		
Wolfenbüttel	1 936																						
	1 716	220	147	18	42	3	1 905	241	33	3	9	---	43	3	54	9	1 766	226	+ 56	+ 56	+ 2,9		
Gandersheim	1 658																						
	1 476	182	79	2	8	---	1 563	184	24	3	---	21	5	33	2	1 485	174	1	+ 1	+ 0,1			
Goslar	977																						
	839	138	44	11	3	---	886	149	26	6	3	---	18	17	25	3	814	123	40	40	4,1		
Helmstedt	2 465																						
	2 035	430	88	22	37	---	2 170	452	46	9	5	---	64	6	51	5	2 004	432	29	29	1,2		
Salzgitter	1 831																						
	1 587	244	100	19	20	4	1 707	267	60	8	3	---	50	9	36	1	1 558	249	24	24	1,3		
Blankenburg	318																						
	304	14	35	1	4	1	343	16	4	1	5	---	1	---	6	---	327	15	+ 24	+ 24	+ 7,5		
Insgesamt	15 601																						
	12 888	2 713	854	162	382	77	14 124	2 952	302	61	49	7	482	150	307	47	12 974	2 687	60	+ 60	+ 0,4		

Die Ergebnisse der Kommunalwahl im Bezirk Braunschweig reichten sich würdig ein in die Erfolge, die die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im ganzen Lande 1964 erringen konnte.

Diese Wahl fand ein besonderes Interesse, weil sich dabei zeigen mußte, ob das Vertrauen zur Sozialdemokratie auch weiterhin wächst und wofür sich die gerade bei uns große Zahl an Wählern orientieren würde, die bisher nicht eine der drei im Bundestag vertretenen Parteien gewährt haben. Bei der vorangegangenen Kommunalwahl hatten die DP, der BHE und mit Abstand die DRP noch einige Bedeutung. Nach der Wahl konnten wir feststellen, daß die Sozialdemokraten ihre Position als stärkste Partei in allen neun Stadt- und Landkreisen des Verwaltungsbezirks nicht nur halten, sondern durchweg erheblich ausbauen konnten.

In der Stadt Braunschweig (54,3 Prozent), Salzgitter (54,7 Prozent) und in den Landkreisen Wolfenbüttel (52,1 Prozent), Goslar (53,7 Prozent), Gandersheim (56,6 Prozent) und Blankenburg (61,1 Prozent) erreichten wir die absolute Mehrheit.

In der Stadt Goslar, dem Wohnsitz des Landesvorsitzenden der CDU, Dr. Fricke, stieg der Anteil der SPD von 37,1 Prozent auf 46,1 Prozent, während die CDU 1,8 Prozent an Stimmen verlor. In Goslar-Land ging der Anteil der CDU-Wähler ebenfalls um 1,8 Prozent zurück.

Der Rückgang dieser Partei in den beiden vorgenannten Kreisen, in denen die DP schon vier Jahre vorher keine Rolle spielte, war eine Bestätigung dafür, daß der Anstieg der CDU in anderen Teilen des Verwaltungsbezirks in erster Linie auf den Zusammenbruch der DP und des BHE zurückzuführen war.

In Braunschweig-Land kletterte die CDU von 18,4 Prozent auf 34 Prozent und in Helmstedt von 33,2 Prozent auf 37 Prozent.

Die DP erreichte bei der Kommunalwahl 1961 in Braunschweig-Land 13,7 Prozent, der BHE 17,3 Prozent und in Helmstedt die DP 2,4 Prozent und der BHE 8,7 Prozent.

Der Zuwachs an CDU-Stimmen läßt sich daraus also fast statistisch nachweisen.

Das ist aber auch ein Beweis dafür, daß das Anwachsen der CDU in erster Linie auf Wähler zurückzuführen war, die ihre politische Position bisher rechts von der CDU sahen.

Wenn auch das Aufstreben der UWG insgesamt nicht sehr erfolgreich war, so hat diese Partei doch in einzelnen Kreisen bis zu 10 Prozent Stimmen erhalten. Dabei ist als sicher anzunehmen, daß infolge starker Anlehnung der UWG an rechtsextreme Gruppen ehemalige DRP-Wähler gewonnen werden konnten und daß manche Wähler der DP und des BHE die UWG als einen Ausweg betrachteten.

Es ist aber nicht zu übersehen, daß auch Wähler der Partei von der Ablehnung der Parteipolitik als etwas „Unmoralischem“ gefolgt waren. Wir wissen, daß diese Auffassung absurd ist und daß sie für einige das Mäntelchen war, um ihre politische Suppe zu kochen.

Es liegt an uns, diese Vorstellungen zu entkräften. Dieser Aufgabe dürfen sich auch die Ortsvereine und Vorstände unserer Partei, besonders in den kleinen Gemeinden, nicht entziehen. Daß wir dabei darauf aufmerksam machen müssen, welche Rolle Rechtsradikale in der UWG spielen, dürfte selbstverständlich sein.

Nach den Kommunalwahlen waren die politischen Konturen auch bei uns klarer geworden. Es zeigte sich zum ersten Male, daß der Zusammenbruch der DP und anderer Parteien rechts von der CDU dieser Partei neue Wähler zuführte.

52,3 Prozent aller Stimmen für die SPD im Bezirk Braunschweig war ein überzeugender Beweis dafür, daß die SPD dabei gut bestehen konnte. Das große Vertrauen, das unsere Sozialdemokratischen Kommunalpolitiker in langen Jahren bei der Bevölkerung erworben haben, spielte dabei eine nicht unwesentliche Rolle.

Kreis	SPD	CDU	FDP	BHE	DG	UWG	WG
Braunschweig-Stadt	49,3 KW 61	32,8	5,6	5,8	—	—	0,1
	KW 64	34,1	7,2	—	0,3	4,1	—
Braunschweig-Land	39,8 KW 61	18,4	5,0	17,3	—	0,6	—
	KW 64	34,0	6,4	4,1	—	10,5	—
Wolfenbüttel	46,5 KW 61	33,3	4,1	6,9	—	4,4	—
	KW 64	36,3	5,5	—	—	6,1	—
Salzgitter	48,7 KW 61	34,6	1,6	10,4	—	—	—
	KW 64	36,5	3,2	3,1	—	2,5	—
Goslar-Stadt	37,1 KW 61	47,0	5,9	5,8	—	1,0	—
	KW 64	45,2	6,7	—	—	—	—
Goslar-Land	48,4 KW 61	37,4	—	12,7	—	—	1,2
	KW 64	35,4	2,9	6,7	—	—	1,3
Gandersheim	53,5 KW 61	24,2	1,6	7,4	—	12,4	—
	KW 64	25,6	3,6	2,4	—	9,8	—
Helmstedt	45,1 KW 61	33,2	2,7	8,7	—	6,9	—
	KW 64	37,0	4,5	—	—	10,8	—
Blankenburg	54,0 KW 61	24,1	5,6	6,8	—	0,7	8,8
	KW 64	25,6	5,0	—	—	—	8,3
Bezirk Braunschweig	47,0 KW 61	31,9	3,8	8,4	—	3,0	0,2
	KW 64	34,8	5,4	1,3	0,1	5,9	0,2

Das Ergebnis der Wahl zum 5. Deutschen Bundestag am 19. September 1965 ist für die Sozialdemokratie hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

Es muß aber festgestellt werden, daß der Gewinn von 1,4 Millionen Stimmen und 12 Mandaten gegenüber der Bundestagswahl 1961 ein Erfolg war, auch wenn das eigentliche Wahlziel damit nicht erreicht wurde.

Mit 12 913 136 Stimmen und 202 Bundestagsgeordneten ist die SPD die stärkste Einzelfraktion des Deutschen Bundestages geworden.

Mit 45,2 Prozent aller Stimmen für die SPD im Bezirk Braunschweig liegt unser Ergebnis um 5,4 Prozent über dem Landesdurchschnitt. Unsere Zuwachszahl belief sich auf 1,4 Prozent bei den Zweitstimmen.

Der im Lande Niedersachsen deutlich gewordene Konzentrationsprozeß der konservativen Kräfte hat sich auch im Verwaltungsbezirk Braunschweig ausgewirkt.

Ist auch der Zuwachs der CDU-Stimmen relativ gering, er beträgt 3,2 Prozent an Zweitstimmen, so hat sich nach dem Ausfall des BHE, der DP und der DRP immerhin gezeigt, daß diese Wähler sich zur CDU geschlagen haben. Dessen ungeachtet ist aber das Gesamtergebnis von 45,2 Prozent als Erfolg zu werten, denn im Vergleich zum Jahre 1957 hat die SPD fast 10 Prozent Stimmenanteil gewinnen können. Sie liegt damit auch bei Bundestagswahlen weiter auf einer ansteigenden Linie, während die CDU das Ergebnis von 1957 nicht wiederholen konnte.

Aller Voraussicht nach dürfte die CDU, die von dem vor- genannten Konzentrationsprozeß nicht unerheblich profitierte, ihr Stimmempotential zunächst ausgeschöpft haben. Weitere Reserven zeichnen sich für sie im Moment kaum noch ab, wenn man davon absieht, daß die FDP-Wähler potentielle CDU-Anhänger für den Fall sind, daß diese Partei eines Tages zwischen den beiden großen zerrieben wird.

Trotz der Kandidatur von Mitgliedern des BHE auf der Landesliste unserer Partei sind die Stimmen ehemaliger BHE-Wähler in erster Linie der CDU zugute gekommen.

Die SPD wird in der Zukunft mehr als bisher Wähler der CDU für sich gewinnen müssen. Dabei wird das entscheidende Problem der weitere Abbau von Vorräteilen bleiben, das unsere volle Aufmerksamkeit verdient.

Weitere Wählerreserven können die Jung- und Neuwähler sein, deren Wahlbeteiligung unterdurchschnittlich war.

Ganz sicher ist es richtig, daß bei einem Stimmenanteil von 45,2 Prozent an Zweitstimmen jedes Prozent schwer zu erkämpfen sein wird. Dennoch wäre nichts falscher, als anzunehmen, wir hätten jetzt eine Barriere erreicht, die nicht übersprungen werden kann.

Auffallend in unserem Bezirk ist die Tatsache, daß die Mittel- und Kleinstädte im Verwaltungsbezirk Braunschweig gegenüber den dörflichen Bereichen und Großstädten unterdurchschnittliche Zuwachsraten für unsere Partei gebracht haben. In diesen Bereichen ist es der CDU in stärkerem Maße gelungen, neue Wähler an sich zu binden.

Die SPD wird also ihr besonderes Augenmerk auch diesem regionalen Sachverhalt zuwenden müssen. Das dürfte vor allem Aufgabe der Kreisverbände und der zuständigen Ortsvereine sein. Der Bezirksvorstand wird sicher bereit sein, dabei mit gezielten Maßnahmen Hilfestellungen zu geben.

Die Verbesserung der Ausstrahlungskraft der Partei ist nicht nur ein organisatorisches Problem, sondern im wesentlichen Maße auch personell bestimmt. Die Partei wird den Versuch unternehmen müssen, gerade in diesen Bereichen neue Kräfte an sich zu binden und ihnen einen möglichst weiten Spielraum zur praktischen Arbeit zu geben. Daß muß auch für diejenigen Kräfte gelten, die der Partei auch in Zukunft nur nahe stehen werden. Ihre Erfahrung, ihr Prestige und ihre Einflußmöglichkeiten können aber nur dann genutzt werden, wenn es gelingt, im vorteiligen Raume ein gesellschaftliches Klima zu erzeugen, das die Partei für breitere Schichten anziehend und attraktiv macht.

In diesem Zusammenhang darf nicht übersehen werden, daß die SPD in Zukunft den Versuch unternehmen muß,

stärker mit Gruppen ins Gespräch zu kommen, die durch die Art ihrer verbändlichen Tätigkeit in gewisser Nähe zum Gedankengut und politischer Zielsetzung der Partei stehen. Allerdings muß dabei beachtet werden, daß es nicht damit getan ist, Repräsentanten dieser Gruppen in Parteifunktionen einzuschleusen.

Aus der Tatsache, daß die SPD im wesentlichen nur aus den Randbereichen der CDU neue Wähler bekommen kann, ergibt sich, daß in eine unmittelbare Diskussion mit der CDU eingetreten werden muß.

Der Versuch der SPD, den natürlichen Startvorsprung der Regierungsparteien dadurch auszugleichen, daß man die Erfolge in der Kommunal- und Landespolitik als Kapital für die bundespolitischen Entscheidungen einbringt, hat sich für uns positiv ausgewirkt. Unvermeidbar ist, daß durch diese Art der Wahlkampfführung sich auch in Einzel-

fällen regionale Unstimmigkeiten negativ ausgewirkt haben. Die als Dreiklang bezeichnete Methode ist aber in der Vorbereitung der Bundestagswahl innerhalb der Partei erst andeutungsweise nutzbar gemacht worden. Auf diesem Gebiet muß für die Zukunft mehr getan werden. Das bedeutet, daß in den Ortsvereinen in weit stärkerem Maße die politische Diskussion auf diesen drei Ebenen geführt werden muß, um möglichst viele Mitglieder instandzusetzen, im Gespräch nach draußen ein guter und lachkundiger Anwalt der SPD zu sein.

Unsere Partei hat zum ersten Male im Verwaltungsbezirk Braunschweig vier sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete, zwei von ihnen wurden direkt gewählt, zwei gelangten über die Landesliste in das Parlament. Die absoluten Stimmzahlen der Kommunalwahl 1964 konnten übertragen werden.



Ergebnisse der Bundestagswahlen

Die Bildungsarbeit

(Zweitstimmen) 1957, 1961 und 1965 nach BW-Kreisen 1965 sind vorläufige Ergebnisse)

BW-Kreis	SPD	CDU	FDP	BHE	DP	DRP	NDP	DFU
44 Saizgitter / Gandersheim	BW 57	45,8	3,8	7,8	5,9	1,5	—	—
	BW 61	46,0	38,2	8,8	4,3	1,2	—	1,3
	BW 65	47,1	41,1	9,0	—	—	1,9	0,8
45 Braunschweig	BW 57	39,5	40,7	6,7	3,4	7,7	1,5	—
	BW 61	44,4	36,7	13,4	2,1	—	0,8	2,4
	BW 65	45,6	39,1	12,3	—	—	1,3	1,4
46 Braunschweig-Land / Helmstedt / Wolfsburg	BW 57	32,1	43,9	4,4	10,0	7,1	2,0	—
	BW 61	40,3	43,2	9,3	4,5	—	1,5	1,1
	BW 65	40,3	47,5	9,2	—	—	—	2,2
47 Goslar / Wolfenbüttel	BW 57	32,9	47,2	3,9	6,7	7,3	1,4	—
	BW 61	41,1	42,1	11,5	2,9	—	0,9	1,4
	BW 65	42,9	44,4	10,1	—	—	—	1,8
Kreis Blankenburg	BW 57	40,1	40,5	6,7	7,3	3,8	0,9	—
	BW 61	47,2	37,9	9,7	3,0	—	0,6	1,6
	BW 65	50,1	38,3	7,8	—	—	—	2,8
Bezirk Braunschweig	BW 57	35,8	43,6	5,1	6,8	6,4	1,4	—
	BW 61	43,8	39,6	10,5	3,3	—	1,0	1,6
	BW 65	46,2	42,8	9,7	—	—	—	2,0
Land Niedersachsen	BW 57	32,8	39,1	5,9	7,6	11,4	2,3	—
	BW 61	38,7	39,0	13,2	6,1	—	1,6	1,3
	BW 65	39,8	45,8	10,9	—	—	2,5	0,8

Die politische Bildungsarbeit gehört nicht zu jenem Bereich, den man mit dem Stichwort Werbung beschreibt oder gegen den der ressenimergeladene Begriff der Propaganda vorgebracht werden könnte.

Bei der politischen Bildungsarbeit der Partei handelt es sich einmal um die Vermittlung und Erklärung der Zielvorstellungen der Partei, zum anderen aber darum, sich mit all den Hemmnissen auseinanderzusetzen, die den Antiparitätenfaktor befördern.

Von daher wird auch verständlich, daß Aufgaben gestellt sind, die unmittelbar in das Leben und Geschehen der Partei hineingreifen, die Entscheidungen vorformen und Haltungen prägen können. Das weite Gebiet innerparteilicher Demokratie und Willensbildung wird von der politischen Bildungsarbeit beeinflusst.

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit der Partei können Gleichgültigkeit und Abneigung nur dann abgebaut werden, wenn es gelingt, das undurchsichtige politische Geschehen aufzuhellen und den Mechanismus, der zu Macht- und Entscheidungskonzentrationen in kleinen Gruppen führt, durchsichtig zu machen. Dabei spielt eine wesentliche Rolle der zielgerichtete Versuch, das Fachwissen und die Erfahrung weiter Kreise der Bevölkerung in die Parteilarbeit einfließen zu lassen. Im Mittelpunkt dieser Bestrebung steht deshalb die Möglichkeit zum mitmenschenlichen Gespräch, zur fairen und offenen Sachdiskussion.

Rückblick

Der Bezirksverband hat 1963 erstmals ein Bildungsprogramm herausgegeben, das für die Mitglieder und Freunde der Partei und die interessierten Bürger bestimmt ist. In ihm sind die Seminare und Tagungen sowie die periodischen Kurse des Bezirksverbandes und seiner Arbeitsgruppen verzeichnet. Außerdem enthält es Hinweise auf die Arbeit der Einrichtungen der öffentlichen Erwachsenenbildung im politischen Bereich.

Besonders wird bei Bezirksveranstaltungen die Seminarform gepflegt. Sie bietet den Vorteil, den Teilnehmerkreis

über ein Wochenende hinweg zusammenzuhalten und ein Thema aus mehreren Blickrichtungen behandeln zu können. Nützlich wirken sich viele Anmarschwege zu den Tagungsheimen und die Tatsache aus, daß viele Interessenten nicht bereit sind, ein Wochenende der politischen Bildung zu opfern.

Seminare mit einem vorbestimmten Teilnehmerkreis (die Frauen oder Jungsozialisten kennen diese Schwierigkeit in nennenswertem Maße nicht, so daß zu überlegen bleibt, ob in Zukunft die Seminare mehr regionalisiert und stärker auf bestimmte Sachinteressen bezogen werden sollten, ohne daß sie den Charakter offener Veranstaltungen verlieren).

Im Jahre 1964 wurde erstmals der Versuch unternommen, mit einer kommunalpolitischen Schulungsreihe den neu in die Gemeindeparlamente eingezogenen Ratsherren Grundlagenwissen im kommunalen Verfassungsrecht zu vermitteln. Die Anmeldungen zu dieser Seminareihe kamen über die Fraktionsvorstände und Sekretariate in einem Umfang, der eine Überfüllung befürchten ließ. Obwohl die Veranstaltungen von anerkannten Fachleuten geführt und die Protokolle an alle gemeldeten Teilnehmer verschickt wurden, sank die Teilnehmerzahl fortlaufend ab. Wir haben uns deshalb entschließen müssen, die Reihe mit nur ein-tägigen Seminaren fortzuführen. Dessen ungeachtet darf aber darauf hingewiesen werden, daß die kommunalpolitische Schulung ein wichtiger Bestandteil der politischen Bildungsarbeit bleiben sollte; vor allem deshalb, weil es gilt, den zukünftigen Ratwachstums auszubilden.

Vom Bezirk wurde den Ortsvereinen und Kreisen eine Vorschlagsliste unterbreitet, die politisch interessante Themen zur Besprechung bei Versammlungen enthielt. Es wurde die Referentenvermittlung angeboten. In unterschiedlichem Maße griffen die Gliederungen der Partei diese zusätzliche Hilfe auf.

Die in einzelnen Ortsvereinen bestehenden Arbeitskreise für politische Bildung leisteten gute und beharrliche Arbeit. Sie hatten regen Anteil daran, die Ortsvereine für Mit-

glieder und interessierte Bürger interessant und lebendig zu machen. Es hat sich in vielen Fällen gezeigt, daß diese Veranstaltungen, bei denen das Gespräch im Vordergrund steht, Mitglieder und Freunde anzuziehen vermögen, die den traditionellen Ortsvereinsversammlungen fernbleiben. Auch in dieser Beziehung haben die Arbeitskreise eine positive Bedeutung für die Kommunikationsmöglichkeit der Partei. An den überregionalen politischen Bildungsveranstaltungen (Kurse und Seminare des Parteivorstandes und der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.) haben die Mitglieder und Freunde der Partei aus unserem Bezirk einen Anteil, der dem größeren Bezirke durchaus ebenbürtig ist.

Die Tagungen und Konferenzen des Bezirks wurden in der bewährten Form mit wechselnden Themen und Teilnehmerkreis fortgeführt und sind zu einem unentbehrlichen Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit geworden. Die Kreise übernehmen diese Form der Kontaktnahme mit bestimmten Gruppen der Bevölkerung ebenfalls, so daß der Ausstrahlungsbereich der Partei vergrößert werden konnte.

Durch eine Referententätigkeit, die auf die besonderen Bedürfnisse abgestimmt war, konnte die Partei in Verbänden und Gruppen hineinwirken und so mithelfen, Informationen über die Politik und die Ordnungsvorstellungen der Partei zu geben.

Auch im Rahmen der Wahlkämpfe von 1964 und 1965 wirkte sich die politische Bildungsarbeit aus und unterstützte die Kontakte der Partei zu den Bürgern. Das Vertrauen in die SPD und das Ansehen der Partei konnte sowohl durch referierende als auch durch publizistische Tätigkeit vermehrt werden.

Ausblick

Mehr und mehr wird deutlich, daß die Motive für eine Mitarbeit in der Partei von sachbezogenen Gesichtspunkten bestimmt werden. Hinzu kommt in der pluralistischen Gesellschaft der wachsende Einfluß von Verbänden und Gruppen, die ihre Mitglieder auch hinsichtlich politischer Entscheidungen vertreten und damit das politische Gespräch

beeinflussen. Daraus ergeben sich für die Arbeit der Partei einige wichtige Ansatzpunkte, die stärker beachtet werden sollten:

1. Die Wirksamkeit der Parteigliederungen wird auf die Dauer nur dann vergrößert werden können, wenn das politische Sachgeschehen stärker in den Mittelpunkt der Beratungen gebracht wird. Wesentlich bleibt, daß die Information die Wiederholung der öffentlichen Kommunikationsmittel vermeidet, vielmehr von dem Stand ausgeht, der durch sie vorgeformt wurde. Aussprachen über die Sachthemen beteiligten Parteifreunde und interessierte Bürger weit stärker an der Willensbildung als weilschweifige Referate, die Informationen wiederholen, welche von Presse, Funk und Fernsehen bereits übermittelt worden sind.
2. Die Arbeitsgemeinschaften der Partei haben die Aufgabe, die entsprechenden Verbände und Bürgergruppen mit Begegnungsveranstaltungen (Seminare, Tagungen usw.) an der Arbeit der Partei zu beteiligen. Solche Kommunikationen müssen personell und sachlich ansprechend vorbereitet werden.
3. Der politischen Bildungsarbeit wird stärker als bisher die Aufgabe zukommen, sowohl in den Einrichtungen der öffentlichen Erwachsenenbildung mitzuwirken als auch die Partei bei Gruppen und Verbänden zu repräsentieren.

Das Ziel der politischen Bildungsarbeit wird sein, die Partei in der Öffentlichkeit so wirksam werden zu lassen, daß sie ihrem Anspruch gerecht werden kann, eine moderne Volkspartei zu sein.

TAGUNGEN

Januar:
Verkehrspolitische Tagung, Braunschweig.

Februar:
„Vertriebenenpolitik in gesamtdeutscher Sicht“, Braunschweig.

März:
Agrarpolitische Konferenz, Vorsfelde.

April 1964:
„Der Mensch im Betrieb“, Braunschweig.

Mai:
„Bürger und Krankenfürsorge“, Goslar.

Juni:
„Der alte Bürger in der Gemeinde“, Wolfenbüttel.
Zonengrenzlandtreffen, Zorge.

August:
„Europa-Grundstein zum Frieden“, Goslar.

September:
Wahlkundgebung, Hannover.
Empfang der tunesischen Delegation der Neo-Destur-Partei, Wolfenbüttel.
„Soziale Gemeinschaftsaufgaben“, Bad Helmstedt.

November:
Zonenrandprobleme, Hornburg.

Dezember:
Kontaktgespräch mit Bundeswehr, Braunschweig.
Kennedy-Gedenkfeier, Grasleben.

SEMINARE

März:
Jungsozialisten-Seminar, Langeleben.

Mai:
Jungsozialisten-Seminar, Groß-Denkte.

Oktober:
Jungsozialisten-Seminar, Langeleben.

November:
Frauen-Seminar, Rieseberg.
Allgemeines Seminar, Groß-Denkte.

Dezember:
Allgemeines Seminar, Langelsheim.

Veranstaltungen des Bezirks 1965

TAGUNGEN

- Januar:
Ortsvereins-Vorsitzenden-Konferenz, Braunschweig.
- März:
Bezirksdelegiertenkonferenz, Bad Helmstedt.
Zonentrendprobleme, Hornburg
„Soziale Gemeinschaftsaufgaben“, Wolfsburg.
- Mai:
Wehrpolitische Tagung, Wolfenbüttel.
Zonengrenzlandtreffen, Oker.
- Juni:
Ortsvereins-Vorsitzenden-Konferenz, Salzgitter-Lebenstedt.
Tagung des Sportpreisgerichtes (Schwimmhallen), Braunschweig.
- August:
Landeskonzert, Hannover.
Konferenzen und Großveranstaltungen mit Dr. Heinemann in Stöckheim, Königsbluter und Schöningen.
Konferenzen und Großveranstaltungen mit Herbert Wehner in Helmstedt und Schladen.
Großveranstaltungen mit Willy Brandt in Salzgitter, Braunschweig und Wolfsburg.
- September:
Großveranstaltungen mit Carlo Schmid in Goslar, Bad Harzburg, Seesen und Wolfenbüttel.
Großveranstaltungen mit Prof. Schiller in Salzgitter, Wolfenbüttel.
Großveranstaltungen mit Helmut Schmidt in Goslar und Braunschweig und Wolfsburg.
- November:
Frauenkonferenz, Braunschweig.
Ortsvereins-Vorsitzenden-Konferenz, Braunschweig.

SEMINARE

- Januar:
Frauen-Seminar, Salzgitter-Bad.
Allgemeines Seminar, Langelieben.
- Februar:
Kommunalpolitische Schulungsreihe, Groß-Denkte.
Allgemeines Seminar, Langelieben.
- März:
Allgemeines Seminar, Langelieben.
- April:
Kommunalpolitische Schulungsreihe, Langelieben.
- Juni:
Allgemeines Seminar, Salzgitter-Bad.
- Juli:
Kommunalpolitische Schulungsreihe, Fieseberg.
- November:
Jungsozialisten-Seminar, Bündheim.

Bericht des Kassierers

Den Kassenbericht der letzten beide Jahre habt Ihr gedruckt vor Euch liegen, dergleichen die Übersicht über unsere Mitgliederbewegung.
Zu Haus habt Ihr Euch sicherlich schon mit den Zahlen vertraut gemacht und festgestellt, daß unser Bezirk trotz der beiden durchgestandenen Wählkämpfe (Kommunalwahl und Bundestagswahl) finanziell der Zukunft beruhigt entgegensehen kann.

Das gute Ergebnis verdanken wir dem hervorragenden Idealismus unserer Mitglieder, ganz besonders jedoch der gewissenhaften und uneigennütigen Arbeit all der vielen, leider nicht einzeln aufzählbaren Unterkassiererinnen und Unterkassierer, die nicht nur bei Sonnenschein, sondern auch bei Wind und Regen treppauf und treppab laufen, um den Kontakt zu unseren Mitgliedern zu halten. Herzlichen Dank allen Genossinnen und Genossen, die am finanziellen Teil unseres Bezirkes mit beschäftigt waren.

Die Mitgliederbewegung zeigt ein recht erfreuliches Ergebnis! Wir sind endlich über die rund 15.000 Mann starke

Parteibewegung hinausgekommen und haben nahezu die 16.000 erreicht! Dieses Ziel hatten wir uns in unseren durchgeführten Sonder-Werbeaktionen gesteckt! An diesem erfreulichen und schönen Ergebnis haben alle Ortsvereine Anteil, alle haben ihr Bestes gegeben und in der Werbearbeit Eifer und Freude gezeigt. Auch dafür gebührt allen Mitgliedern und Funktionären herzlicher Dank!

Vergessen wir aber auch nicht, unseren Geschäftsführern zu danken, die es verstanden haben, die vom Bezirksvorstand geplanten und in die Wege geleiteten Werbeaktionen tatkräftig voranzutreiben.

Wenn wir auf diesem eingeschlagenen Wege weiter voranschreiten, brauchen wir keinen Zweifel zu haben:

Die 20.000 Mitglieder werden in unserem Bezirk erreicht!

Unserer bisherigen Parole:
Auch Du wirst es schaffen, ein neues Mitglied zu werben!
werden wir 1966/67 eine kleine hinzufügen: **Aus eins mach ZWEI!**

Willy Köhler, Bezirkskassierer

Verkaufte Beitragsmarken 1964/65

Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben 1964

Wert	Br.-Stück Stück %	Br.-Lend Stück %	Waffenbüchel Stück %	Gendekheim Stück %	Geolter Stück %	Heimstiel Stück %	Selzghier Stück %	Blonkenburg Stück %	Bezirk Stück %
1,00	21.339 36,6	4.545 31,7	7.713 34,6	6.632 36,5	3.904 36,7	10.384 36,1	6.125 30,2	1.205 32,7	61.867 33,1
1,50	12.450 21,4	5.231 36,6	7.808 35,1	8.754 48,0	3.894 36,6	9.837 34,2	5.091 25,1	1.479 40,1	54.564 30,9
2,00	12.137 20,8	3.079 21,6	3.843 17,3	1.478 8,2	1.525 14,3	5.722 19,9	4.677 23,1	542 14,7	33.043 18,7
3,00	7.139 12,3	1.031 7,2	1.827 8,2	726 4,0	660 6,2	1.648 5,7	2.984 14,7	350 9,5	16.365 9,3
5,00	2.451 4,2	352 2,5	619 2,8	403 2,2	343 3,2	778 2,5	728 3,6	40 1,1	5.664 3,2
7,00	1.069 1,8	51 0,4	225 1,0	138 0,8	211 2,0	204 0,7	391 1,9	62 1,7	2.351 1,3
10,00	1.034 1,8	—	111 0,5	53 0,3	28 0,3	77 0,3	85 0,4	62 1,7	1.388 0,8
15,00	300 0,5	—	72 0,3	9 0,0	37 0,4	31 0,1	48 0,3	—	547 0,3
20,00	180 0,3	—	—	—	21 0,2	8 0,0	40 0,2	—	276 0,2
30,00	120 0,2	—	—	—	12 0,1	12 0,1	34 0,2	—	178 0,1
40,00	69 0,1	—	24 0,1	—	12 0,1	12 0,1	36 0,2	10 0,2	151 0,1
Insgesamt	58.282 100	14.329 100	22.259 100	18.223 100	10.635 100	28.743 100	20.259 100	3.688 100	178.434 100

Verkaufte Beitragsmarken 1963—1964 1963—1964 1963—1964 1963—1964 1963—1964 1963—1964 1963—1964 1963—1964 1963—1964
 % 94,3 95,0 84,3 96,5 94,4 100,4 97,3 94,4 90,6 92,8 94,7 97,5 92,7 91,0 95,5 98,4 94,5 95,9

Durchschnittlicher Monatsbeitrag je Mitglied DM: 2,04 2,14 1,66 1,60 1,77 1,83 1,30 1,48 1,69 1,70 1,64 1,70 1,93 2,02 1,58 1,75 1,80 1,87

Wert	Br.-Stück Stück %	Br.-Lend Stück %	Waffenbüchel Stück %	Gendekheim Stück %	Geolter Stück %	Heimstiel Stück %	Selzghier Stück %	Blonkenburg Stück %	Bezirk Stück %
1,00	20.048 35,7	4.399 29,4	7.645 33,0	6.418 33,5	4.003 35,1	10.358 36,3	6.402 29,0	1.200 29,9	41.471 33,7
1,50	11.742 20,1	5.454 34,9	8.021 34,6	9.483 49,6	4.216 37,0	9.431 33,1	4.614 21,6	1.621 40,5	54.502 30,9
2,00	13.148 22,5	3.924 25,1	4.205 18,5	1.755 9,2	1.714 15,0	5.777 20,2	5.570 23,2	592 14,8	34.765 28,2
3,00	7.407 12,3	1.169 7,5	1.968 8,5	887 4,6	671 5,9	1.725 6,0	3.596 16,3	486 12,1	17.789 9,7
5,00	2.559 4,4	369 2,4	799 3,4	410 2,2	441 3,9	815 2,8	906 4,1	48 1,2	6.357 3,5
7,00	1.150 2,0	111 0,7	237 1,0	123 0,6	166 1,4	166 0,6	429 1,9	48 1,2	2.450 1,4
10,00	1.184 1,9	3 0,0	109 0,5	60 0,3	85 0,8	110 0,4	140 0,6	—	1.611 0,9
15,00	280 0,5	—	73 0,3	3 0,0	45 0,4	76 0,3	78 0,4	—	355 0,3
20,00	163 0,3	—	—	—	25 0,2	28 0,1	63 0,3	—	500 0,2
30,00	112 0,2	—	—	—	12 0,1	15 0,1	53 0,3	—	192 0,1
40,00	63 0,1	—	24 0,1	—	12 0,1	12 0,1	28 0,1	12 0,3	139 0,1
Insgesamt	58.394 100,0	15.629 100,0	23.180 100,0	19.139 100,0	11.394 100,0	28.553 100,0	22.679 100,0	4.007 100,0	182.359 100,0

Verkaufte Beitragsmarken 1965 1965 1965 1965 1965 1965 1965 1965 1965 1965
 % 94,9 98,3 98,4 98,1 99,3 97,1 101,1 101,2 101,2 97,2

Durchschnittlicher Monatsbeitrag je verk. Marke DM 2,13 1,68 1,84 1,53 1,89 1,71 2,27 2,25 1,85 1,98

Einnahmen	DM	Ausgaben	DM
Betriebsmittelbestand am 1. Januar 1964		Beiträge	53.980,96
Barkasse	2.221,32	Spenden	500,00
Banken	198.831,57	Anlagen	13.691,17
Postcheckkonto	1.578,70	Veranstaltungen	25.793,07
Beiträge	202.632,59	Bezirk-Persönliche Verwaltungskosten	58.400,65
Spenden	232.786,59	Bezirk-Sächliche Verwaltungskosten	9.465,45
Anlagen	38.977,35	Kreise-Sächliche Verwaltungskosten	47.270,59
Veranstaltungen	750,00	Bildungsarbeit	18.009,03
Persönliche Verwaltungskosten	17.440,95	Werbung	9.432,77
Sächliche Verwaltungskosten	3.434,48	Wahlen	55.033,29
Bildungsarbeit	22.925,67	Kraftfahrzeuge	12.262,71
Wahlen	11.695,80	Büromiete	1.594,56
Kraftfahrzeuge	1.330,60	Porti	3.842,28
Porti	747,00	Fernsprechgebühren	6.733,26
Fernsprechgebühren	1.941,51	Licht und Heizung	1.143,67
Reisekosten	180,00	Reisekosten	3.886,11
Werbung	24.480,40	Verschiedenes und Kontenübertragungen	114.949,77
Kapitalerträge	10.058,78	Betriebsmittelbestand am 31. Dezember 1964	
Verschiedenes und Kontenübertragungen	112.818,17	Barkasse	1.348,66
		Banken	221.436,68
		Postcheckkonto	3.625,12

688.986,87

Die Revisoren:
Rudolf Hanielmann, Helmut Kühne, Hans Rosentreter

Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben 1965

Einnahmen	DM
Betriebsmittelbestand am 1. Januar 1965	
Barkasse	1 348,86 DM
Banken	221 436,68 DM
Postscheckkonto	3 625,12 DM
Beiträge	226 410,66
Spenden	256 299,66
Anlagen	35 034,00
Veranstaltungen	800,00
Persönliche Verwaltungskosten	10 539,47
Sächliche Verwaltungskosten	29 522,00
Bildungsarbeit	3 762,30
Wahlen	30 842,34
Kraftfahrzeuge	31 794,05
Reisekosten	2 858,10
Werbung	724,05
Kapitalerträge	12 398,50
Verschiedenes und Kontenübertragungen	13 006,51
	130 867,17
	784 858,81

Die Revisoren:
Rudolf Hanteimann, Helmut Kühne, Hans Rosentreter

Ausgaben	DM
Beiträge	56 356,24
Anlagen	12 816,63
Veranstaltungen	10 373,37
Bezirk — Persönliche Verwaltungskosten	80 180,90
Bezirk — Sächliche Verwaltungskosten	10 390,44
Kreise — Persönliche Verwaltungskosten	51 044,21
Kreise — Sächliche Verwaltungskosten	28 929,28
Bildungsarbeit	36 894,76
Werbung	18 169,67
Wahlen	93 204,34
Kraftfahrzeuge	25 847,37
Büromiete	1 594,56
Porto	4 284,73
Fernsprechgebühren	9 277,75
Licht und Heizung	1 217,14
Reisekosten	5 618,40
Verschiedenes und Kontenübertragungen	125 243,91
Betriebsmittelbestand am 31. Dezember 1965	
Barkasse	1 158,66 DM
Banken	207 275,91 DM
Postscheckkonto	4 980,54 DM
	213 415,11

784 858,81

Aus der Frauenarbeit

Die in den Berichtsjahren 1964/65 im Bezirk geleistete Frauenarbeit war, wie auch in den Vorjahren, abwechslungsreich und interessant. Es ist immer wieder festzustellen, daß die einzelnen Gruppen auf die Ausgestaltung ihrer Veranstaltungen besonderen Wert legen. Neben aktuellen politischen Themen stehen unterrichtende Vorträge, Dia-Serien, Besichtigungsfahrten und gesellige Veranstaltungen. Auch gemeinsame Veranstaltungen mehrerer Frauengruppen und gegenseitige Besuche wurden arrangiert.

So war z. B. eine Frauengruppe aus Köln zu Besuch in Braunschweig und Wolfenbüttel, sie nahm bei dieser Gelegenheit auch am Zonengrenzlandtreffen 1964 in Zorge teil. Ebenso nahmen 80 Berlinerinnen, die in Offleben und Salzgitter zu Gast waren, am Zonengrenzlandtreffen in Zorge teil. Beim Zonengrenzlandtreffen 1965 in Oker hatten wir ebenfalls eine Berliner Frauengruppe und eine Frauengruppe aus Wolfsburg zu Gast. Die Frauengruppe Offleben ist bedingt durch die Zonennähe Gastgeberin zahlreicher Frauengruppen aus Hamburg, Bielefeld, Oldenburg, Hannover und mehrerer BvV-Gruppen aus Niedersachsen gewesen. Das Frauenbüro des Vorstandes veranstaltete einen Ost-West-Kursus in Offleben, an dem Genossinnen aus dem Bundesgebiet teilnahmen.

Mary Saran, die langjährige Sekretärin der Sozialistischen Internationale in London, war zu Vorträgen in Braunschweig, Offleben und Helmstedt. Themen weiterer Frauengruppenabende waren folgende: „Die Schule der Zukunft“, „Der Konsum in der industriellen Gesellschaft“, „Altenhilfe“, „Nachbarschaftshilfe“, „Auswirkungen der Jugendkriminalität und ihre Ursachen“, „Weiche Aufgaben erfüllt die Jugendgerichtshilfe?“, „Was tut der Landtag, um zur Lösung der Jugendprobleme beizutragen?“. Nicht zu vergessen die Advents- und Weihnachtsfeiern, die wohl in jeder Gruppe veranstaltet wurden.

Der Bezirksfrauenausschuß hatte zu folgenden Veranstaltungen eingeladen:

4. April 1964
Bezirksfrauenkonferenz. Thema: „Gemeinschaftsaufgabe Gesundheit“. Referent: Hans-Joachim Sief. Berichte und Newshalten.

27. bis 30. Mai 1964
Ost-West-Kursus in Offleben, veranstaltet vom Frauenbüro in Bonn. Es nahmen 6 Genossinnen aus dem Bezirk teil.

7. Juni 1964
Zonengrenzlandtreffen in Zorge/H. Festansprache: Eifriede Eilers MdB.

7./8. November 1964
Wochenendseminar in Rieseberg. Thema: „Wirtschaft und Verbraucher“. 1. „Preisgestaltung in der Wirtschaft“, Ref.: Hans-Jürgen Junghans MdB, Salzgitter. 2. „Verbraucher-Verbände und Warentests“, Ref.: Frau Dr. Müller-Hannover.

Die Anmeldungen zu diesem Wochenendseminar waren so zahlreich, daß wir uns genötigt sahen, die Genossinnen aus den Kreisen Salzgitter, Goslar, Gandersheim und Wolfenbüttel zu bitten, an der am 16./17. Januar 1965 in Salzgitter stattfindenden Wiederholung teilzunehmen. Insgesamt haben etwa 100 Frauen an diesem Seminar teilgenommen.

28. bis 30. Mai 1965
Bundesfrauenkonferenz in Koblenz. Themen: „Frau und Bildung“, Ref. Schulsenator C.-H. Evers, Berlin; „Die Massenkommunikationsmittel und ihre Einwirkung auf die Frau“, Ref. Wolfgang Schulz, Berlin; ferner 3 Arbeitsgemeinschaften, Abschluß: Rede von Willy Brandt: „Dank an die Frauen“.

30. Mai 1965
Zonengrenzlandtreffen in Oker. Festansprache: Else Zimmermann, MdB.

16./17. November 1965
Wochenendtagung in Braunschweig, Stadthalle. 1. Tonbandfolge über die Bundesfrauenkonferenz, Ref. Lenelette v. Bohmmer, Hannover; 3. Bildung von 3 Arbeitsgemein-

Die Jungsozialisten berichten

schaften, die sich mit den Themen der Konferenz beschäftigen.

Dazu ist noch zu sagen, daß die Wochenendseminare im November 1964 und im November 1965 sehr gut besucht waren. Wie schon erwähnt, mußte der Kursus vom November 1964 wiederholt werden. Im November 1965 hatten wir im kleinen Saal der Stadthalle genügend Platz, um alle gemeldeten Genossinnen teilnehmen zu lassen. Es ist erfreulich, daß an diesen Kursen besonders Frauen aus Ortsvereinen teilnehmen, in denen eine Frauengruppe nicht besteht.

Der Bezirksfrauenaussschuß hielt folgende Sitzungen ab:

4. Mai 1964

Bildungsprogramm des Bezirkes. Vorbereitung des internationalen Frauentages.

24. August 1964

Bericht über die Tagung des Bundesfrauenausschusses. „Europa — Mut zur Freiheit“, v. Friedel Rosenbruch.

Kommunalwahlen. Vorbereitung einer Wochenendtagung im Herbst.

30. November 1964

Bundestagswahlen. Ref. H.-J. Stief über moderne Werbemethoden. Rückblick auf Kurs in Rieseberg. Winterarbeit.

21. Januar 1965

Jugendpolitische Entschließung des Parteitages in Karlsruhe mit den Unterthemen: „Der junge Mensch und die Familie“, „Der junge Mensch und die Schule“, „Der junge Mensch und die Freizeit“, „Die junge Familie“.

16. März 1965

Bundesfrauenkonferenz. Bericht von d. Bezirksdelegiertenkonferenz.

22. Juni 1965

Bericht über die Bundesfrauenkonferenz. Rückblick auf Grenzlandtreffen in Oker. Vorbereitung der Bundestagswahl. a) Bericht des Bezirkes, b) Bericht der Gruppen. Im Anschluß an diese Tagesordnung Diskussion über das Konkordat.

24. August 1965 Bundestagswahl. Winterarbeit 1965/66.

4. Oktober 1965

Auswertung der Bundestagswahl. Winterarbeit. Vorbereitung des Wochenendseminars v. 16./17. November 1965.

24. Januar 1966

Vorbereitung der Bezirksfrauenkonferenz. Grenzlandtreffen 1966.

14. Februar 1966

Gleiche Tagesordnung, da neue Gesichtspunkte berücksichtigt werden mußten.

Wie aus den einzelnen Tagesordnungspunkten zu ersehen ist, gelten die Sitzungen neben der politischen Information vornehmlich der Organisation der verschiedenen Veranstaltungen auf Bezirksebene.

In den Stadt-, Kreis- und Gemeindeparlamenten sind 20 Genossinnen tätig, weibliche Landtags- und Bundestagsabgeordnete hat der Bezirk Braunschweig nicht.

Trotz einer großen Anzahl neuer weiblicher Mitglieder hat sich der Anteil der Frauen im Bezirk nicht erhöht. Er beträgt Ende 1965 17,3 Prozent, in der Stadt Braunschweig 25,7 Prozent. Das ist in beiden Gebieten ein geringer prozentualer Rückgang.

Allen Genossinnen jedoch, die in der zurückliegenden Zeit aktiv mitgearbeitet haben, sei es als Wahlleiterin, Kassierin, Frauengruppenleiterin, Abgeordnete oder an irgendeiner anderen Stelle, sei heute herzlich gedankt für ihre treue Mitarbeit. Dieser Dank gilt aber auch allen Genossinnen, die sich unserer Arbeit angenommen und sie tatkräftig unterstützt haben.

Es ist jedoch längst kein Geheimnis mehr, daß Frauenarbeit nicht allein von den Frauengruppen geleistet werden kann, sondern daß es ein Anliegen der gesamten Partei ist. Und darum bitten wir auch die Genossen, auf die Werbung von Frauen besonderen Wert zu legen. Denn noch immer gibt es eine Anzahl Ortsvereine, in denen es keine Frauen als Mitglieder gibt. Das sollte sich wirklich ändern, und das können nur die in diesen Ortsvereinen tätigen Genossen tun.

E m m i G r e v e c k e

Die jungen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bis zum Alter von 35 Jahren sollen sich in den Ortsvereinen der Partei zu Arbeitsgemeinschaften der Jungsozialisten zusammenschließen. Sie können zur Mitarbeit in ihren Gruppen auch junge Menschen heranziehen, die noch nicht Mitglied der SPD sind.

Arbeitsgemeinschaften der Jungsozialisten bestehen im Bezirk Braunschweig in den Kreisen Salzgitter, Wolfenbüttel, Braunschweig und Helmstedt. In den Kreisen Goslar und Ganderheim gibt es keine JS-Arbeitsgemeinschaften. Es ist unser Bestreben, auch in diesem Unterbezirk die Jungsozialistenarbeit ins Leben zu rufen. Neue Gruppen wurden in Schöppenstedt und Oker gegründet.

Den Arbeitsgemeinschaften der Jungsozialisten sind von der Partei klare Aufgaben gestellt worden. Es ist wohl selbstverständlich, daß gerade wir Jüngeren die praktische Arbeit durch unsere Aktivität besonders unterstützen. Wir, die Jungsozialisten des Bezirkes Braunschweig, haben das in der Vergangenheit getan und werden auch künftig unsere ganze Kraft der Partei zur Verfügung stellen.

Wie sehr sich der Bezirk Braunschweig auf seine Jungsozialisten verlassen kann, wurde am 29. August 1964 in Goslar sichtbar, als über 100 Jungsozialisten von morgens bis abends den Ordnungsdienst für die Veranstaltung „Europa, Grundstein zum Frieden“ übernommen hatten. Auch bei den Bundestagswahlen am 19. September 1965 und bei den Kommunalwahlen am 27. September 1965 waren die Jungsozialisten — teilweise unter Ausnutzung ihres Erholungsurlaubes — aktiv im Wahlkampf tätig.

Die Jungsozialisten haben sich bemüht, junge Menschen aus ihren Reihen in die Lage zu versetzen, in verantwortlichen Positionen zum Wohle unseres Volkes mitzuarbeiten. Nominiert von den zuständigen Körperschaften unserer Partei ist es gelungen, zahlreiche junge Sozialdemokraten (bis 35 Jahre) von den Wählern bestätigt zu bekommen. Die Jungsozialisten haben sich in den schwierigen Ämtern bewährt. Wenn wir darauf dringen, bei Eignung und nötigen Qualifikationen wichtige und verant-

wortliche Positionen in der Partei einzunehmen, so geschieht dies in Auslegung des für uns richtungweisenden Godesberger Programms, wo es heißt: „... wenn man die Jugend frühzeitig und verantwortungsvoll zur Mitwirkung und Mitverantwortung heranzieht, werden der Demokratie einischtsvolle, willensstarke Staatsbürger heranwachsen.“ Nicht nur in der SPD haben Jungsozialisten Verantwortung übernommen. Jungsozialisten sind in verantwortungsvollen Positionen in den Gewerkschaften und anderen Organisations aktiv.

Wie immer bildete die Schulung in Form von bezirklichen Seminaren einen zentralen Mittelpunkt unserer Arbeit.

Die Themen dieser Seminare waren:

„Politische und wirtschaftliche Integration“,

„Probleme der staatlichen Gemeinschaft“,

„Fragen der Landesverteidigung“.

Referenten dieser Seminare waren Mitglieder des Bezirkesvorstandes sowie Bundes- und Landtagsabgeordnete unseres Bezirkes, denen ich an dieser Stelle nochmals dafür danken möchte, daß sie sich für unsere Arbeit zur Verfügung gestellt haben.

Eine weitere Veranstaltung der Jungsozialisten unseres Bezirkes, die in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit erregte, war die Gedenkfeier auf dem Soldatenfriedhof in Heinholzen am 30. August 1964.

Ohne Pathos und Musik ehrte am Sonntagvormittag der Bezirk Braunschweig der Jungsozialisten das Andenken der Opfer beider Weltkriege. Diese Stunde fand auf dem Friedhof für russische Soldaten bei Heinholzen und am Ehrenmal des Dorfes in der neuen Siedlung statt. Wir können es nicht begreifen, daß sich die schrecklichen Ereignisse des ersten Weltkrieges wiederholten, erklärte Vorsitzender Eduard Baischall und fügte hinzu, daß die heutige Jugend keine Erbléindschaft mehr kenne. Heute bestimme der Geist der Versöhnung das Leben, so schrieb die „Braunschweiger Zeitung“ am folgenden Tag in der

ersten Innenseite ihrer Montausgabe. Einen weiteren Beweis dieser Geisteshaltung lieferten die Jungsozialisten dadurch, daß sie mit 50 Teilnehmern zu einer gemeinsamen Veranstaltung mit ihren französischen Freunden Ostern 1965 nach Paris führten. In Arbeitsgemeinschaften und in Hörsälen wurde die Frage der europäischen Integration sowie das Problem der Herabsetzung der Volljährigkeitsgrenze behandelt.

Auch wir konnten ausländische Gäste in Braunschweig begrüßen. Am 28. September 1965 stattete uns eine Gruppe junger dänischer Genossen von der „Danmarks Sozialdemokratiske Ungdom“ einen Besuch ab. Auf besonderen Wunsch unserer Gäste unternahmen wir mit diesen gemeinsam eine Harzfahrt entlang der Zonengrenze unter sachkundiger Führung des Bundesgrenzschützes.

Das Bild über unsere Arbeit wäre unvollständig, würde man nicht die zahlreichen Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaften auf Orisebene erwähnen. Erstmals brachten die Jungsozialistengruppen einen gemeinsamen Veranstaltungskalender für das erste Halbjahr 1965 heraus. Nun ein kurzer Streifzug durch die Programme der Arbeitsgemeinschaften:

Arbeitsgemeinschaft Woffenbüttel 17. Mai 1965
„Bildung und Ausbildung — die Entscheidung über die Aufsteigmöglichkeiten unserer Jugend“;

Arbeitsgemeinschaft Salzgitter-Lebenstedt 2. Januar 1965:
„Die deutsche Wiedervereinigung in der öffentlichen Meinung“;

Arbeitsgemeinschaft Braunschweig 9. März 1965:

„Strategie und Taktik des Kommunismus“;

Arbeitsgemeinschaft Helmstedt 8. April 1965:

„Die Aufgaben der Partei im kommenden Wahlkampf“.
Aus unserem Bezirk nahmen viele Jungsozialisten an den Bundesseminaren teil. Einige fuhrten ins IUSY-Camp nach Israel. In jedem Jahr weitten JS-Gruppen aus unserem Bezirk in Berlin. Die Gruppe Salzgitter-Lebenstedt nimmt jedes Jahr an den Maifeiern in Berlin teil. Leider ist es in diesem Rahmen nicht möglich, mehr über die Arbeit der Jungsozialisten im Bezirk zu berichten, da sonst diese Broschüre nicht ausreichen würde.

Eines möchte ich aber zum Schluß noch einmal ausdrücklich feststellen: Wir sind in erster Linie Mitglieder der SPD und wollen keine „Ersatzpartei“ sein. Jungsozialisten sehen den Sinn ihrer Arbeit darin, der Partei bei der Tätigkeit zum Wohle unseres Volkes behilflich zu sein. Wir wären schlechte Sozialdemokraten, wollten wir unsere Mitarbeit nur auf die Jungsozialistengruppen beschränken. Selbstverständlich müssen und wollen wir in gleichem Maße in der Partei mitwirken.

Im Berichtszeitraum haben wir nicht alles das geschafft, was wir uns vorgenommen hatten, jedoch sind wir ein großes Stück vorangekommen. Unsere Bitte an alle Genossen in den Ortsvereinen: Unterstützt uns weiterhin in unserem Bemühen, der jungen Generation den Weg in eine friedvolle und gesicherte Zukunft zu weisen. Unser Dank gilt allen, die dies in den vergangenen Jahren mit selbstlosem Einsatz taten.

Schließen möchte ich mit einem Zitat unseres Bundessekretärs: „Die Sozialdemokratische Partei kann sich auf ihre Jungsozialisten verlassen.“

E d u a r d B e i s c h a l l

Stadtkreis Braunschweig

In den Betrieben und Verwaltungen haben Sozialdemokraten konkrete Aufgaben zu erfüllen. Am Arbeitsplatz findet die dauernde Begegnung mit Freunden und Genossen unserer Partei statt. Hier werden die politischen Tagesereignisse kommentiert und diskutiert. Hier müssen die Mitglieder unserer Partei Stellung beziehen. Die Arbeit in den Betrieben und Verwaltungen bietet nach wie vor die beste Möglichkeit, Freunde für unsere Arbeit zu gewinnen. Diese Möglichkeit muß ausgeschöpft werden. Dazu gehört, daß sich Sozialdemokraten intensiv mit dem politischen Geschehen auseinandersetzen, um Diskussionen gewachsen zu sein. Die Betriebsgruppe hat hier Hilfestellung zu geben.

Neben der Diskussion aktueller politischer Fragen steht selbstverständlich das Auseinandersetzen mit betrieblichen Belangen im Vordergrund. Dazu gehört, daß sich Sozialdemokraten gewerkschaftlich betätigen. Es kann ihnen nicht einseitig sein, wer in den betrieblichen Arbeitnehmerfunktionen tätig ist.

Die Arbeit der Betriebsgruppen muß man 1965 im Zusammenhang mit der Bundestagswahl sehen. Mehr als bisher haben die in den Betrieben beschäftigten Genossen und Genossinnen Anteil an der politischen Arbeit genommen. In vielen Diskussionen wurden Fragen, die im Zusammenhang mit der Bundestagswahl auftraten, erörtert und diskutiert. Das Auftreten politisch organisierter Gegner kann in den Betrieben in ganz geringem Umfang vermerkt werden. Auch die Versammlungstätigkeit der Betriebsgruppen war auf die Bundestagswahl ausgerichtet. Neben der Behandlung von Sachfragen wurden allgemeine politische Ereignisse diskutiert. Es galt, in den Betriebsgruppenversammlungen das nötige Rüstzeug für die Diskussion im Betrieb zu vermitteln. Darüber hinaus haben die Mitglieder der Betriebsgruppen sich in die Wahlarbeit der Stadtteile und des Kreises eingeschaltet. Die Wahlilustrierten, Flugblätter und dergleichen kamen auch vor den Betrieben zur Verteilung.

Die in den Betrieben Anfang 1965 durchgeführten Betriebsratswahlen wurden von einigen Betriebsgruppen beherrscht und durchgeführt.

Die Ergebnisse der Werbearbeit durch die Betriebsgruppen sind unterschiedlich; insgesamt aber nicht befriedigend. In den Betrieben haben Sozialdemokraten dauernd Kontakt mit politisch interessierten und Sympathisierenden. Hier ist für unsere Werbearbeit auch für die Zukunft noch viel Raum gegeben.

Im Berichtszeitraum nahmen 3 neue Betriebsgruppen ihre Arbeit auf. Insgesamt wurden über 40 Betriebsgruppenveranstaltungen durchgeführt.

J o c h e n D e n e c k e

Kreis Salzgitter

Die politische Betriebsarbeit im Kreisgebiet Salzgitter konnte in dem Berichtszeitraum weiter verbessert werden. Die Betriebsgruppe der „Hütte“ und der „SMG“ festigten ihre Organisation und konnten ihre Wirksamkeit in der Arbeitnehmerschaft weiter ausbauen. Infolge erschwelter Bedingungen beschränkte die Betriebsgruppe „Erzbergbau“ ihre politische Arbeit auf Zusammenkünfte der Betriebsräte und der politischen sowie gewerkschaftlichen Vertrauensleute.

Nach gründlicher Vorarbeit durch einige aktive Genossen konnte am 22. Mai 1964 die Betriebsgruppe „Stadtverwaltung“ gegründet werden. In kürzester Zeit entwickelte diese Gruppe eine beachtliche Aktivität.

Alle Betriebsgruppen konnten über ihre Mitglieder hinaus politisch interessierte Kollegen für den Besuch ihrer Veranstaltungen gewinnen. Bei diesen Zusammenkünften und politischen Gesprächen wurden spezielle Probleme der in den jeweiligen Betrieben und Verwaltungen beschäftigten Arbeitnehmer sowie aktuelle und allgemeinpolitische Fragen behandelt. Das „Politische Gespräch“ als Veranstaltungsförm hat sich besonders bewährt. In zunehmendem Maße wurden die Zusammenkünfte zwangloser und die Diskus-

sionsfreudigkeit größer. Die Zusammenarbeit der Betriebsgruppen innerhalb des Kreisverbandes war gut. In acht Konferenzen der Vorstände wurden die Probleme der einzelnen Betriebsgruppen durchgesprochen und die politische Arbeit koordiniert, sowie gemeinsame Veranstaltungen vorbereitet und wichtige politische Fragen eingehend diskutiert.

Folgende Veranstaltungen wurden von den Betriebsgruppen gemeinsam durchgeführt:

April 1964: „Politisches Gespräch“ über Verkehrsfragen. Gerhard Slesner, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates „Erzbergbau“, und Hermann Kecker, Vorstandsmitglied der Betriebsgruppe „Hütte“, stellten in Kurzreferaten politische Fragen. Dr. Paul Bleiß, MdB, Verkehrsexperte unserer Partei, beantwortete die angesprochenen Fragen.

Juni 1964: „Politisches Gespräch“ über Sozialpolitik. Die Betriebsratsvorsitzenden Erich Sewald („Hütte“) und Gerhard Süßmuth („SMG“) stellten in Kurzreferaten politische Fragen.

Helmut Rhode, MdB, Sozialexperte unserer Partei, beantwortete die angesprochenen Fragen.

November 1964: „Politisches Gespräch“ über Bonner Politik aus der Sicht der Arbeitnehmer.

Walter Ottenberg, Vorsitzender der Betriebsgruppe „SMG“, und Helmut Globisch, Sekretär der IG Metall, Salzgitter, stellten in Kurzreferaten politische Fragen.

Fritz Zschiesche, Referent für Arbeitnehmerfragen beim PV, beantwortete die angesprochenen Fragen.

Januar 1965: „Arbeitsnehmerkonferenz“. Thema: „Die Bedeutung des Betriebsrates in unserer heutigen Arbeitswelt.“ Referent: Hans Janßen, MdL, 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Hildesheim.

April 1965: „Betriebs- und Personalratkonferenz“. Thema: „Die wirtschaftliche Stabilität des Zonenrandgebietes — eine politische Aufgabe“. Referent: Hans-Jürgen Junghans, MdB und Kreisvorsitzender.

Juni 1965: „Arbeitsnehmerkonferenz“. Thema: „Probleme der Notstandsgesetzgebung. Referent: Helmut Jahr.

September 1965: „Arbeitsnehmerkonferenz“. Thema: „Die Verkehrsprobleme — eine wichtige Gemeinschaftsaufgabe“. Referent: Dr. Paul Bleiß, MdB, Verkehrsexperte unserer Partei.

Politische Informationsgespräche mit den Gewerkschaften

März 1964: „Politisches Informationsgespräch“. Hans-Jürgen Junghans, MdB, mit Kollegen der IG Metall.

Juni 1964: „Politische Aussprache“. Thema: „Sozialdemokratie und die Gewerkschaften“. Referenten: Hans-Jürgen Junghans, MdB, und Karl-Heinz Briam, DGB Hannover.

Dezember 1964: „Politisches Informationsgespräch“. Hans-Jürgen Junghans, MdB, mit Spitzenvertretern der örtlichen IG Metall.

Juni 1965: „Politisches Informationsgespräch“. Hans-Jürgen Junghans, MdB, mit den örtlichen Vertretern der Industriegewerkschaften im DGB.

Oktober 1965: „Politisches Informationsgespräch“. Hans-Jürgen Junghans, MdB, mit Betriebsratsvorsitzenden, hauptamtlichen Gewerkschaftlern und Betriebsgruppenvorsitzenden.

Januar 1966: „Politisches Informationsgespräch“. Hans-Jürgen Junghans, MdB, mit örtlichen Vertretern der Industriegewerkschaften im DGB.

Kurse

An vier Kursen, die vom Parteivorstand durchgeführt wurden, nahmen Vertreter der Betriebsgruppen des Kreisverbandes Salzgitter teil.

Wahlkämpfe

Im Kommunalwahlkampf 1964 leisteten die Betriebsgruppen der örtlichen Wahlkampfleitung organisatorische Unterstützung und führten an den Wörkoren unter Beteiligung des Bundestagsabgeordneten Hans-Jürgen Junghans, des Oberbürgermeisters Gustav Stolberg und mehrerer Ratsherren Flugblattverteilungen durch.

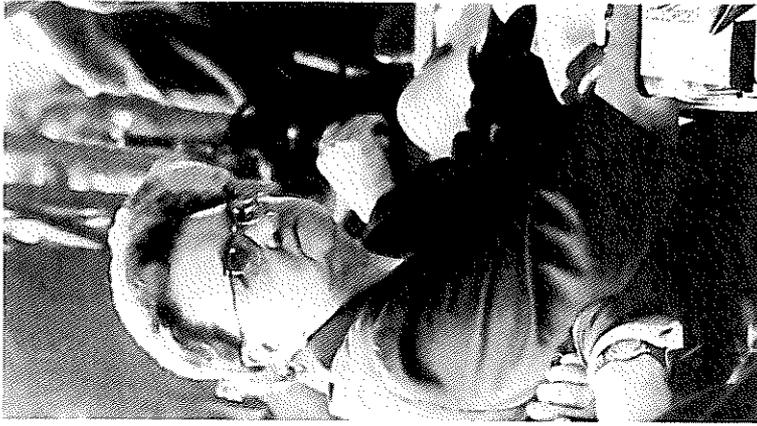
Das Ergebnis der Kommunalwahl zeigt recht deutlich, daß immer mehr Arbeitnehmer unseres Industriegebietes der SPD ihr Vertrauen schenken.

Im Bundestagswahlkampf 1965 beteiligten sich die Mit-

glieder der Betriebsgruppen besonders aktiv bei der Durchführung der „Nichtwähler-Aktion“. Nach sorgfältig ausgearbeitetem Plan wurden gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Hans-Jürgen Junghans, dem Oberbürgermeister Gustav Stolberg, einigen Ratsherren und den Betriebsgruppen mehrere Flugblattverteilungen an den Wörkoren durchgeführt.

Bei diesen Aktionen konnten besonders positive Erfahrungen gesammelt werden. Die Betriebsgruppen des Salzgebietes haben in den vergangenen zwei Jahren durch ihre zielbewußte politische Arbeit wesentlich dazu beigetragen, das Vertrauen der Arbeitnehmerschaft zur Sozialdemokratie zu vergrößern. Obwohl die Vorstände der Ortsvereine im allgemeinen unsere Arbeit unterstützen, sollte den verantwortlichen Genossen mehr als bisher bewußt werden, daß die Arbeitnehmerschaft nach wie vor, und insbesondere weil wir eine Volkspartei geworden sind, die Basis unserer Partei darstellt. Daß diese Basis gesund bleibe und die Grundlage noch fester werde, darum bemühen sich die Betriebsgruppen. Zum Nutzen der Partei sollte jeder Sozialdemokrat dieses Bemühen unterstützen.

Michael Weber



Martha Fuchs †
auf dem Bezirkspartitag 1964

Auch in den Berichtsjahren 1964 und 1965 hat der Sozialpolitische Ausschuß in vielen Versammlungen nicht nur sachliche Information auf sozialpolitischem Gebiet erhalten, sondern auch kritisch von unserem politischen Standpunkt aus dazu Stellung genommen. Der bunte Strauß der behandelten Themen war nicht zusammengestellt, um auf alle Fälle aktuell zu bleiben, sondern weil im Laufe der Entwicklung die besondere Dringlichkeit bestimmter Themen eine Behandlung und Aussprache erforderlich machte. So wurde unter anderem sehr lebhaft und freimütig in zwei Zusammenkünften über Probleme der Gesundheitspolitik diskutiert, an zwei Abenden über die Renten- und Volksversicherung, an drei Abenden über Jugendprobleme, Jugendkriminalität und Jugendgerichtshilfe, außerdem über Altenhilfe und Kriegopferversorgung und über „Die Stellung des Verbrauchers im Wettbewerb der Wirtschaftsgruppen“. Das letztere Thema, über das Genosse Walter Schmidt, MdB, sehr sachkundig und aufschlußreich referierte, machte die enge Verbindung zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik deutlich, die vielfach übersehen oder zum mindesten noch unterschätzt wird.

Die Berichte über die sozialpolitische Konferenz, die am 18. September in Helmstedt stattfand, und über den Bundesparteitag der SPD in Karlsruhe öffneten den Blick für die Bedeutung sozialpolitischer Probleme und gleichzeitig auch für die Aktivität und Initiative der SPD auf diesem Gebiet. Unsere Partei hat sich in ihrer Rolle als Opposition niemals von billiger Effekthascherei und eiler Prestige-sucht leiten lassen und ist auch nicht aus Verärgerung in die passive Haltung des „Ohne mich“ verfallen. Sie hat vielmehr aus der klar erkannten Verantwortung für das Ganze immer wieder konstruktive Vorschläge zur Änderung der Sozialpolitik gemacht, die nicht nur notwendig, sondern auch durchführbar waren.

Leider haben noch viele die Dringlichkeit dieser Änderungen nicht in vollem Umfange erkannt. Darum röhren wir an die Genossinnen und Genossen unseres Bezirks die Bitte: Nehmt die euch gebotene Gelegenheit wahr, euch über das weite Gebiet der Sozialpolitik zu informieren und mit Gleichgesinnten auszusprechen, indem ihr an den Veranstaltungen des Sozialpolitischen Ausschusses regelmäßig teilnehmt. Leider wird die Bedeutung der Sozialpolitik oft unterschätzt weil man glaubt, sie sei nur ein kompliziertes System sozialer Leistungen an Bedürftige. Dabei wird völlig übersehen, daß sie diesen Rahmen längst gesprengt hat und ein weites und vielschichtiges Gebiet geworden ist, das die gesamte soziale Sicherung mit umfaßt.

Was der Bundestagswahlkampf 1965 bereits bewiesen hat und was die kommenden Wahlkämpfe bestätigen werden, ist die Tatsache, daß bei der Auseinandersetzung der Parteien das Schwergewicht auf dem Gebiete der Sozialpolitik liegt.

Das sollte nicht nur eine Feststellung, sondern für uns auch eine Verpflichtung sein, in die nächsten Wahlkämpfe gut gerüstet hineinzugehen, damit wir unsere Bewährungsprobe bestehen können.

In der Jahreshauptversammlung am 12. März 1964 wurden zum 1. Vorsitzenden Genosse Carl Brinckmeier, zum 2. Vorsitzenden Genosse Paul Münzberg, zum 1. Schriftführer Genosse Fritz Lobe, zum 2. Schriftführer Genosse Robert Hagemann gewählt.

In der Jahreshauptversammlung am 17. März 1965 wurde dieser Vorstand wiedergewählt.

Carl Brinckmeier

Veranstaltungsprogramm des Sozialpolitischen Ausschusses im Jahre 1964

4. Februar: „Naturschutz und Landschaftspflege im Dienst der Vogelgesundheit“. Referent: Forstmeister Schmidt, Sopotthal.
12. März: Jahreshauptversammlung. — Jahresbericht durch Gen. Brinckmeier. „Sind unsere Rentenversicherungen wieder reformbedürftig?“ Referent: Gen. Teipelke, Braunschweig.
16. April: „Gesundheit um jeden Preis — Mensch und Verkehr“. — Bericht über den SPD-Kongreß in Pforzheim. Referent: Gen. Brinckmeier, Wolfenbüttel.
14. Mai: „Metzr Gerechtigkeit für Kriegsopler und Kriegs-hinterbliebene“. — Bericht über den SPD-Kongreß in Heilbronn. Referent: Gen. Fiedler, Braunschweig.
10. Juni: „Was tut der Landtag, um zur Lösung der Jugendprobleme beizutragen?“ Referent: Gen. Otto, MdL, Wolfenbüttel.
8. Oktober: „Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates“. Berichte über die Konferenz in Helmstedt am 19. September 1964. Referentien: Gen. Brinckmeier und Fiedler.
25. November: „Auswirkungen der Jugendkriminalität und ihre Ursachen“. Referent: Kriminalkommissarin Sebastian, Braunschweig.
9. Dezember: „Welche Aufgaben erfüllt die Jugendgerichts-hilfe?“ Referentin: Gen. Heiga Hansi, Braunschweig.

Veranstaltungsprogramm des sozialpolitischen Ausschusses im Jahre 1965

21. Januar: „Die Antwort auf sozialpolitische Fragen auf dem Bundesparteitag der SPD in Karlsruhe“. Referent: Genosse Manfred Guhr, Braunschweig.
4. Februar: „Die Stellung des Verbrauchers im Wettbewerb der Wirtschaftsgruppen“. Referent: Genosse Walter Schmidt, MdB, Braunschweig.
17. März: Jahreshauptversammlung — Jahresbericht durch Genossen Brinckmeier — Neuwahlen. „Kann das Leben im Alter lebenswert sein?“ Referent: Genosse Carl Brinckmeier, Wolfenbüttel.
16. Juni: „Welche Bedeutung und Vorteile hat die von der SPD geplante Volksversicherung?“ Referent: Genosse Heinz Teipelke, Braunschweig.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer

Im Anschluß an das Referat des Genossen Willi Eichler vom Parteivorstand im Frühjahr 1964 über das Thema „Aufstieg durch Bildung“ konzentrierte sich die Diskussion bereits auf das Problem Gemeinschaftsschule und Konfessionsschule. Als sich die Presseverlautbarungen über ein Konkordat des Landes Niedersachsen mit der katholischen Kirche häuften, folgte die Bezirksversammlung der ASL Anfang September 1964 — auf der unser Bezirksgeschäftsführer Manfred Guhr über „Demokratie — Probleme in der wirtschaftlichen Gesellschaft“ sprach — eine Entscheidung, in der Landesausschuß und Landtagsfraktion unserer Partei aufgefördert wurden, bei einem Vertrag mit der katholischen Kirche alles zu vermeiden, was zu einer Aushöhlung des niedersächsischen Schulgesetzes, insbesondere aber zu einer Erleichterung oder Verstärkung der Errichtung von Konfessionsschulen führen könnte.

Die Befürchtungen der Genossen Eichler und den im aus den Darlegungen des Genossen Eichler und den im Juli 1964 angenommenen Bildungspolitischen Leitsätzen unserer Partei her, in denen es heißt: „Aus staatspolitischen und pädagogischen Gründen tritt die SPD für die Gemeinschaftsschule ein, weil sie das Erlebnis der reichen Vielfalt gesellschaftlicher Kräfte vermittelt und die Erziehung zur rechtsstaatlichen, freiheitlichen und sozialen Demokratie am besten gewährleisten kann.“

Die SPD respektiert die Entscheidung der Eltern, die einer durch ihren Glauben oder ihrer Weltanschauung besonders bestimmten Erziehung den Vorrang geben. Der föderative Aufbau der Bundesrepublik erlaubt praktische Lösungen, die den unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Ländern Rechnung tragen.“ Vor allem der angeführte zweite Absatz gab sehr zu Bedenken Anlaß.

In Anlehnung an die Gedanken in den Leitsätzen brachte das von unserem Genossen Diederichs geführte Kabinett

die seit Jahren laufenden Verhandlungen zwischen unse- rem Lande und der katholischen Kirche zum Abschluß. Ergebnis: „Das Konkordat zwischen der Niedersächsischen Landesregierung und dem Vatikan“.

Dieser Vertrag war im Jahre 1965 das Thema in unseren Zusammenkünften. Nachdem bereits im Februar d. J. unser Genosse Richard Voigt, der langjährige frühere Kultusminister im Lande Niedersachsen, vor dem erweiterten Kreisvorstand Braunschweig und der ASL über den Vertrag berichtet und dabei eine zum Teil leidenschaftliche Diskussion ausgelöst hatte, referierte dann Ende Mai vor überfülltem Saal im „Volksstunde“ in einer Marathonsitzung der Genosse Dr. Mahrenholz, der juristische Berater der Regierung in den Verhandlungen war. In einer sachkundig geführten Diskussion wurde das Für und Wider des Vertragswerkes abgewogen. Aber auch er vermochte die Bedenken vieler Lehrgenossen nicht zu zerstreuen.

In Form eines akademischen Seminars fand schließlich unter Mitwirkung unseres Genossen Rechtsanwalt Schäfer (Abgeordneter des Landtages) noch eine weitere Versammlung zu dem Thema statt.

Die im September 1964 durchgeführte Vorstandswahl ergab eine Wiederwahl der bereits zwei Jahre vorher gewählt:

Erich Lieberknecht, Karl-Dieter Bertram und Rosemarie Sievers.

Auf der Ende Oktober 1964 durchgeführten Bundesversammlung der ASL in Neustadt/Pfalz, an der außer dem ersten Vorsitzenden noch fünf weitere ASL-Mitglieder aus dem Bezirk teilnahmen, wurde die Genossin Rosemarie Sievers in den Bundesvorstand der ASL gewählt.

Erich Lieberknecht

Im März 1965 wurden Landgerichtsrat a. D. Dr. Meinhard Burckhardt zum ersten Vorsitzenden und Rechtsanwalt und Notar Hans Schäfer (Mdl.) zum zweiten Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen mit Wirkung vom 1. April 1965 gewählt. Rechtsanwalt und Notar Ernst Bohme legte zum gleichen Zeitpunkt sein Vorstandsamt aus Gesundheitsgründen nieder.

Der alte Mitgliederkreis bestand aus 12 bis 15 Volljuristen. Er war als solcher nicht arbeitsfähig. Deshalb wurde die Arbeitsgemeinschaft in Übereinstimmung mit dem Bundesvorstand auf alle jene Genossen ausgedehnt, die in ihrer getriebenen Stellung selbständig oder wenigstens maßgeblich über die Anwendung von Rechtsvorschriften zu entscheiden haben. Darüber hinaus wurde der Mitgliederkreis auf alle Volks- und Betriebswirte, Wirtschaftsjuristen und Politiker erweitert (Senatoren, Landtagsabgeordnete, Bundesratsabgeordnete, Bezirksgeschäftsführer und Kreisvorsitzende).

In mühseliger Kleinarbeit wurden aus diesem Kreise 125 Mitglieder ertrotzt. Dazu traten 5 Dauergäste. Durch Beschluß des Bundesvorstands vom 12. Februar 1966 wurden weiterhin die Mitglieder des Stadtkreises Wolfsburg dem Bezirk Braunschweig zur Betreuung zugeteilt. Es sind also zur Zeit 135 bis 140 Parteimitglieder und Gäste in der ASJ zusammengefaßt.

In der Versammlung vom 29. November 1965, zu der bereits der erweiterte Mitgliederkreis geladen worden war, wurde der Städtische Rat Martin Hesse zum geschäftsführenden Vorsitzenden (Schriftführer) gewählt. Die Wahl eines Beirates wurden zurückgestellt.

Die Arbeitsgemeinschaft verfolgte Sozialdemokraten und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen führten in der Berichtszeit zunächst eine gemeinsame Vortragsveranstaltung durch. Die Arbeitsgemeinschaft hat danach mit ständig wachsender Beteiligung weitere Vortragsabende durchgeführt, und zwar mit Staatssekretär Dr. Morgenstern über Notstandsgesetzgebung und mit Finanzminister Kubel über Finanzreform. Im März 1966 wird

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen

wiederum Dr. Morgenstern sprechen. Zum April hat Oberlandesgerichtsrat a. D. Dr. Reischl ein Referat zugesagt. Weitere Veranstaltungen werden folgen, so mit Herrn Bankdirektor Dr. Hoffmann aus Frankfurt über Währung und Währungspolitik, Rechtsanwalt Dr. rer. pol. Künzte aus Düsseldorf, Bundesvorsitzender der ASJ, über das Recht des Verbrauchers, des weiteren mit Professor Dr. Erik Wolf aus Heidelberg über Weltanschauung und Politik (Großveranstaltung).

Der erste Vorsitzende hat mit zwei weiteren Mitgliedern der ASJ an einer Veranstaltung in Hannover teilgenommen und den ASJ-Bezirk Braunschweig auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Heidelberg und den Bundesvorstandssitzungen in Bielefeld und München vertreten.

Die Zeitschrift „Recht und Politik“ wird zunächst im Umfang von 20 Exemplaren bezogen und interessierten Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

Schließlich ist durch Vorstellung oder im Wege von Besprechungen und Einladungen Verbindung zu politisch interessierten, aber der SPD nicht angehörenden Freunden aufgenommen worden.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Arbeitsgemeinschaft aktiv geworden ist und noch aktiver werden wird. Ich verdanke das in erster Linie der Arbeit des Vorstandes, der verständnisvollen Mitarbeit vieler Mitglieder in Stadt und Land und nicht zuletzt der Förderung, die die Arbeitsgemeinschaft durch den Bezirksvorstand und die Kreisverbände, insbesondere durch den Stadtkreis Braunschweig, erfahren hat.

Dr. Meinhard Burckhardt

Die Zahl der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft ist in der Berichtszeit mit rund 75 Mitgliedern einigermaßen konstant geblieben. Zwar sind mehrere alte Genossen durch den Tod ausgeschieden. Manchmal haben wir erst spät davon erfahren. Andererseits haben sich mehrere verfolgte Genossen, die wir bisher nicht in unserer Gemeinschaft erlaßt hatten, als Mitglieder angemeldet.

Besonders schmerzlich empfanden wir den Verlust unseres langjährigen zweiten Vorsitzenden, Verwaltungsdirektor i. R. Hermann Troppenz, der im März 1964 von uns ging. Unseres Genossen Wilhelm Neddermeier, Oberkreisdirektor i. R., der im Dezember 1964 im fast vollendeten 80. Lebensjahr abberufen wurde, und schließlich im Januar 1966 noch den schweren Verlust unserer Genossin Martha Fuchs. An der sehr würdigen Totenfeier der früheren Oberbürgermeisterin in der Stadthalle Braunschweig und an der Beistattung im Krematorium haben wir durch den Vorsitzenden und viele Genossen sowie durch einen Kranz und einen Nachruf in der „Braunschweiger Presse“ teilgenommen.

In beiden Berichtsjahren haben wir uns an den Veranstaltungen zum Gedenken der Opfer des Rieseberg-Mordes beteiligt. Am Vorabend des 4. Juli 1964 veranstaltete die Braunschweiger Gewerkschaftsjugend zusammen mit Delegationen des Rates und der Verwaltung der Stadt Braunschweig und der großen Braunschweiger Betriebe einen Fackelzug von den ursprünglichen Gräbern der Opfer bis zum Jugendheim Pappelhof bei Rieseberg. Im Anschluß an den Fackelzug hat der Vorsitzende unserer Arbeitsgemeinschaft, Genosse Ernst Böhme, eine Ansprache gehalten. Darin zitierte er auch ein Wort Kurt Schumachers, nämlich:

„Der Tod der Demokratie sind nicht die ihr feindlichen Prinzipien, sondern die Passivität, das Nichtkämpfen oder Auf-die-Entwicklung-hoffen.“

Am 4. Juli 1965 legte der unterzeichnete Vorsitzende zusammen mit der Genossin Friedel Rosenbruch am Heinrich-Jasper-Denkmal in Braunschweig einen Kranz nieder.

Am gleichen Tage wurde ein weiterer Kranz am Mahnmal des Urnenfriedhofes niedergelegt. Anschließend besuchte unsere Delegation die Kapelle des jüdischen Friedhofes auf dem Hauptfriedhof Braunschweig und ehrte dort das Andenken der vielen jüdischen Mitbürger. Bei dieser Gelegenheit mußten wir feststellen, daß die Kapelle des jüdischen Friedhofes infolge des schadhaften Daches in schlechtem Zustand war und beantragen durch eine Eingabe an den Rat der Stadt Braunschweig, daß Mittel zur Instandsetzung der Kapelle bewilligt wurden. Der Rat ist auf diese Anregung schnell und verständnisvoll eingegangen.

Auch an den Volkstrauertagen im November jeden Jahres haben wir uns durch Delegationen beteiligt, jeweils einen Kranz am Jasper-Denkmal niedergelegt und an der Toten-ehrerung am Ehrenschein im Rathaus teilgenommen.

In der Hauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft am 15. Oktober 1964 berichtete der Vorsitzende Ernst Böhme über „Stand und Bedeutung der SS-Prozesse“. Dieses Referat war der Ausgangspunkt für die Entschließungen, die der Vorsitzende namens der Arbeitsgemeinschaft in der erweiterten Vorstandssitzung des Kreisverbandes Braunschweig der SPD vorbrachte und die dann auf Grund einer Ermächtigung zu der Entschließung in Sachen der Verlängerung der Verjährungsfrist für die Naziverbrechen führte. Wir können verzeichnen, daß sich nicht zuletzt durch diese Anregungen nicht nur in der Bundeslegislationsfraktion der SPD, sondern darüber hinaus in weiten Kreisen des Volkes die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß die Verlängerung, ja die Aufhebung der Verjährung der in der Nazizeit begangenen schweren Verbrechen nicht nur eine Frage der Justiz, sondern eine hochpolitische Frage ist, von welcher die moralische Existenzberechtigung des deutschen Volkes abhängt.

In der Hauptversammlung im Oktober 1964 wurde dann der unterzeichnete Vorsitzende wiedergewählt. Ein zweiter Vorsitzender wurde nicht gewählt.

Am 18. September 1965 wurde das lange erwartete Schlußgesetz zum Bundesentschädigungsgesetz (BEG) im Bundesgesetzblatt verkündet. Es ist eines der unübersichtlichsten Gesetze der Nachkriegszeit, für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung jedoch außerordentlich wichtig. Deshalb sah sich die Arbeitsgemeinschaft veranlaßt, am 18. November 1965 gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen — Bezirksverband Braunschweig — eine Versammlung im Lessinghof zu Braunschweig zu veranstalten, in welcher der Oberregierungsrat Hupe von der Entschädigungsbehörde Hannover und der Sachbearbeiter Pfeiffer, beide Mitglieder der SPD, über das Thema „Was bringt das BEG-Schlußgesetz Neues“ referierten.

Die Vorträge waren außerordentlich aufschlußreich und interessant. Das Schlußgesetz bringt in seinem ersten Artikel nicht weniger als 131 Änderungen des bisherigen BEG. Ferner setzt es verschiedene Fristen zur Nachholung der Ergänzung früherer Anträge sowie zur Anfechtung früherer Verzeichte oder Vergleiche.

Da eine dieser Fristen bereits am 31. Dezember 1965 abläuft, gaben die Veranstalter und die Aussprache Veranstalter dieses Rundschreibens für ihre Mitglieder eine Sprechstunde an vier Tagen im Dezember 1965 einrichtete, die mit Zustimmung des Bezirksvorsitzenden, Genossen Dr. Morgenstern, in der Schloßstraße 8, im Büro des Bezirksverbandes stattfand. Genosse Ernst Böhme gab in dieser Sprechstunde für rund 100 Auskunftsuchende Rat und Auskunft. Auf Grund dieser Sprechstunde konnten innerhalb der gestellten Frist noch 36 Anträge nachgeholt werden. In 26 Fällen waren trotz der Bestimmungen des Schlußgesetzes keine nachträglichen Anträge mehr möglich. Die übrigen Fälle bezogen sich auf Beratungen ohne Anträge. Die Sprechstunde hat in weiten Kreisen der Bevölkerung von Stadt und Land Aufsehen erregt und Anerkennung gefunden. Allerdings mußte sich Ernst Böhme in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt gegenüber der Rechtsanwaltskammer Braunschweig verant-

worten, weil von einigen Anwälten die Frage aufgeworfen war, ob diese Veranstaltung und insbesondere die darüber erschienenen Zeitungsnotizen in der „Braunschweiger Zeitung“ und in der „Braunschweiger Presse“ nicht dem standesrechtlichen Werbeverbot zuwider liefen. Genosse Böhme wies jedoch diese Verdächtigungen entschieden damit zurück, daß er

- 1 die Beratungen unentgeltlich durchgeführt hat,
- 2 auf die Rechtsnot vieler Verfolgten hinwies, die durch die kurze, am 31. Dezember 1965 ablaufende Frist entstanden war.

Inzwischen hat der Vorstand der Rechtsanwaltskammer die Angelegenheit auf Grund meiner Darlegungen für erledigt erklärt.

Ferner schilderte die Arbeitsgemeinschaft in einem von Genossen Ernst Böhme verfaßten vierseitigen Rundschreiben vom 23. November 1965 den wesentlichen Inhalt des Schlußgesetzes. Das Rundschreiben wurde an alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft verfolgt Sozialdemokraten und auf besonderen Wunsch des Bezirksverbandes Braunschweig der SPD auch an die Vorsitzenden aller Ortsvereine der SPD im Bezirk Braunschweig versandt. In diesem Rundschreiben wurde ebenfalls auf die Sprechstunde des Unterzeichneten in der Schloßstraße 8 hingewiesen, die am 1., 8., 15. und 22. Dezember 1965 jeweils nachmittags ab 16 Uhr, stattfand. Das Rundschreiben wurde auch den höheren Parteinstanzen zur Kenntnis übersandt. Der Vorsitzende des Landesausschusses Niedersachsen, Genosse Egon Franke, MdB, hat daraufhin dem Unterzeichneten in einem Anerkennungs schreiben den Dank der Partei ausgesprochen.

Ernst Böhme

Jugendarbeit läßt sich mit einem Eisberg vergleichen; $\frac{1}{4}$ ist sichtbar, $\frac{3}{4}$ sind nicht zu sehen. Zählen können diese Arbeit nur schlecht ausdrücken. Nur wenig dringt an die Öffentlichkeit. Die Mühen unserer Gruppenleiter, die Woche für Woche den Gruppenabend durchzuführen, können nicht hoch genug gewertet werden. Spielen, singen und musische Arbeit gehören ebenso zum Programm wie staatsbürgerliche Bildung und Erziehung zur Mitverantwortung. Im Mittelpunkt der Jahresarbeit steht unser großes Ziel-lager; hier verbringen die Kinder und Jugendlichen drei Wochen bei Spiel, Sport und Wanderungen in die Umgebung.

1964 war Erlenbach in der Platz unser Ziel. Thema dieses Lagers war „Olympia“. Sport stand hier im Vordergrund. 1965 waren wir in Döbrich am Millstätter See in Österreich. Hier hatten wir „UNICEF“ zum Lagerthema gewählt. Intensiv bereiteten sich unsere Gruppen auf dieses Thema vor. Sie sahen Filme und gestalteten selbst Wandzeitungen und Gruppenbücher über diese Hilfsorganisation. Ein Wettbewerb der Gruppen erbrachte gute Ergebnisse. Ein buntes Programm umrahmte die Lagerzeit. Da gab es Neigungsgruppen unter der Leitung von erfahrenen Pädagogen. Die Kinder konnten sich ganz nach ihren Neigungen und Fähigkeiten beteiligen. Allerdings war Teilnahme an einer Gruppe Pflicht. Es gab, Batik und Stoffdruck, Emaillearbeiten, Tonarbeiten usw. Nicht zu vergessen ist die beliebte Schwimmgruppe. Unter Anleitung eines erfahrenen Schwimmmeisters konnten unsere Falken die Grundbegriffe des Schwimmens erlernen. Auch der Fahrtrahnenwettbewerb und sogar der Grundschein der DLRG konnten erworben werden.

Das Baden des gesamten Lagers wurde ebenfalls durch Rettungsschwimmer überwacht. Für kleine Wehwechen hatten wir unsere Sanitäler dabei, die in einer kleinen Krankenstation leichtere Fälle behandelten. Ein Arzt kam täglich ins Lager.

Eine Lagerzeitung, die jeden zweiten Tag erschien, gehörte zu den beliebtesten Erinnerungsstücken; bald nach

dem Erscheinen war die kleine Auflage des bunten Blättchens vergriffen.

Große Veranstaltungen bildeten Höhepunkte der Lagerzeit. Filmabende und Tanzabende für die Älteren sorgten für Unterhaltung. Das Essen mundete allen. Auf Wanderungen lernten die Kinder die Umgebung kennen; ein oder zwei Busfahrten führten auch an weitere Ziele. Gespräche mit den Leuten in der Nachbarschaft dienten dem „Verstehen des Anderen“.

Leitidee des „Parlaments“, einer Einrichtung der Selbstverwaltung, ist „Mitarbeit“. Jede Gruppe wählt aus ihrer Mitte einen Gruppensprecher. Dieser hilft nach besten Kräften bei der Gestaltung des Gruppenprogramms mit. Einmal im Monat treffen sich alle Gruppensprecher des Bezirks zum Bezirksparlament. Der Abend dieses Wochenendes gehört den Beratungen über Probleme in den Gruppen. Umrahmt wird dies durch Schulung theoretischer und praktischer Art. Im Zeillager wählen die Gruppensprecher aus ihrer Mitte ein Präsidium mit Präsidenten und Stellvertretern. Eine Reihe „Parlamentarier“ erhalten fest umrissene Aufgaben, wie „Küchenausschuß“, „Ordnung und Sauberkeit“ usw. Ein Tag des Lagers gehört den „Parlamentariern“. An diesem Tage verlassen alle Gruppenleiter, außer einer „Eingetretene“ (sie trat nie in Aktion), das Lager. Das Präsidium übernimmt für diesen Tag die Aufgabe der Lagerleitung und gestaltet ein eigenes Programm. Abends begrüßen die Kinder ihre heimgekehrten Helfer mit einem bunten Abend. Lagerfeuer mit „Spielbraten“ gehören als „feste Einrichtung“ zu unseren Zeillagern.

Ein weiterer Höhepunkt im Jahr ist der „Tag des Kindes“. Geschicklichkeitsspiele mit süßen Preisen und ein buntes Programm gehören dazu. Die Veranstaltung schließt mit Luftballonaufstieg und Lampionumzug. Dazu gehört eine Ausstellung über unsere Arbeit. Seit einiger Zeit kommt eine Bucherschau mit gutem Lesestoff dazu. 1965 hatten wir erstmalig Spielzeug ausgestellt unter dem Motto „Kriegsspielzeug ist kein Kinderspielzeug“. Durch den

guten Erfolg ermüdet, werden wir an noch mehr Orten als bisher unseren „Tag des Kindes“ durchführen. Ostern 1965 zündeten wir beim Bismarckturm in der Aase ein Osterfeuer an. Dies wollen wir wiederholen.

1965 war ein Jahr der Konferenzen. Im März hatten wir unsere Bezirkskonferenz, auf der unser langjähriger Vorsitzende, Emo Gloger, zurücktrat. An seine Stelle kam Hans Greie aus Wolfenbüttel.

Auch in unserer Verbandsspitze gab es einen Wechsel. Auf unserer Bundeskonferenz im Mai trat Horst Zeltner zurück. Die Konferenz wählte an seiner Stelle Klaus Fliegel. Ein Mitglied unseres Bezirksvorstandes wurde wieder in den Bundesvorstand gewählt.

Mehrere Aktionen waren für ältere Gruppenmitglieder und Gruppenleiter gedacht. Seminare über verschiedene politische Fragen sind zu nennen. Dazu kamen Berlinfahrten und eine Fahrt zum Landtag in Hannover. Eine Antikriegsspielzeugaktion in Braunschweig zu Weihnachten 1965 hatte gute Resonanz. Wir verteilten Taschentücher mit dem Aufdruck „Nicht vergessen — Kriegsspielzeug ist kein Kinderspielzeug!“. Diese Aktion werden wir wiederholen. Vier eigene Heime hat unser Bezirk. Hier ist an erster Stelle unser „Heinrich-Jasper-Haus“ in Braunschweig zu nennen. Dieses Heim hat seinen festen Platz im Jugendleben der Stadt Braunschweig eingenommen. Steigende Besucherzahlen von Jahr zu Jahr zeigen die Bedeutung solcher Einrichtungen. Solche „Heime der offenen Tür“ wären auch an anderen Stellen unseres Bezirkes not-

wendig. Leider können wir solche Projekte aus Mangel an Geldmitteln nicht in Angriff nehmen. Unsere bestehenden Heime zwingen uns schon zu großen finanziellen Opfern.

Unsere Heime in Elm und Asse sind stets gut besucht. Tagungen, Schulungen und Landeschulungstheorien werden hier durchgeführt. Ein kleines Heim steht in Wolfsburg zur Verfügung.

Unser Bezirk gibt seit einiger Zeit ein eigenes Mitteilungsblatt heraus, allerdings nur im Vervielfältigungsverfahren hergestellt. Doch erfreut es sich guter Kritik. Seit 1966 erscheint es nun auf Landesebene für das Land Niedersachsen. Gerne sind wir bereit, Interessenten laufend zu beliefern.

Die Falkenarbeit in unserem Bezirk hat einigen Auftrieb bekommen. Neue Ortsverbände sind dazugekommen, alte sind stärker geworden. Leider fehlen uns genügend Führungskräfte, die an anderen Orten Gruppen neu aufbauen. Hier ist noch Arbeit, die gemeinsam mit den Vorständen der SPD-Ortsvereine und unserem Bezirk geleistet werden kann. Die Zusammenarbeit zwischen SPD und Falken war und ist gut. Unsere Gruppen waren in ihrem Ottern gern zur Mitarbeit bereit und halfen bei allen Wahlen. Zum Schluß möchten wir noch einmal alle bitten, uns zu unterstützen, indem junge Menschen benannt werden, die wir als Mitarbeiter werben können.

Jürgen Niemann

Verzeichnis

Mitglieder des Bundestages

Dr. Heinz Morgenstern, Wolfenbüttel, Heimstättenweg 26
Hans-Jürgen Junghans, Salzgitter-Bad, Dahlebergweg 19
Walter Schmidt, Braunschweig, Giesmaroder Straße 70
Rudi Hauck, Helmstedt, Roter Torweg 7

Mitglieder des Landtages

Otto Bennemann, Braunschweig, Isoldestraße 36
Hans Schäfer, Braunschweig, Homburgstraße 33
Ewald Gemlich, Braunschweig, Ottenroder Straße 58
Ernst Fricke, Goslar, Wilhelm-Busch-Straße 5
Adolf Richter, Wolfshagen, Triftweg
Alfred Tack, Schöningen, Knappenweg 3
Wilhelm Schlüter, Stöckheim, Im Winkel 1
Ernst Kunkel, Wolfenbüttel, Heilerstraße 5
Reinhold Otto, Wolfenbüttel, Im Kalten Tale 23
Wilhelm Baumgarten, Göttingerode, Ringsstraße 11
Gustav Stolberg, Salzgitter-Bad, Käthe-Kollwitz-Straße 18
Willi Fricke, Salzgitter-Bad, Brigittenstraße 12
Fritz Steinhoff, Helmstedt, Harsleber-Tor-Straße 7

Mitglieder des Landesausschusses

Dr. Heinz Morgenstern, Wolfenbüttel, Heimstättenweg 26
Otto Bennemann, Braunschweig, Isoldestraße 36
Walter Schmidt, Braunschweig, Giesmaroder Straße 70
Adolf Richter, Wolfshagen, Triftweg

Vertreter

Hans-Joachim Stief, Salzgitter-Lebenstedt, Kampstraße 46
Friedel Rosenbruch, Braunschweig, Heinrichstraße 3

Mitglieder des Parteirates

Dr. Heinz Morgenstern, Wolfenbüttel, Heimstättenweg 26
Rudi Hauck, Helmstedt, Roter Torweg 7
Otto Bennemann, Braunschweig, Isoldestraße 36

Mitglieder der Niedersächsischen Landesregierung

Otto Bennemann, Innenminister
Alfred Kubel, Finanzminister

Geschäftsstellen im Bezirk Braunschweig

SPD-Bezirksverband 33 Braunschweig, Schloßstraße 8 III,
Fernruf 4 12 84 / 85, FS 95 25 22, Bezirksvorsitzender Dr.
Heinz Morgenstern, 334 Wolfenbüttel, Heimstättenweg 26;
Bezirksgeschäftsführer Hans-Joachim Stief; Kasse Ger-
hard Klein; Bildung Manfred Guhr.

SPD-Stadtkreis Braunschweig, 33 Braunschweig, Schloß-
straße 8 III, Fernruf 2 59 41 / 42, Vorsitzender Walter
Schmidt, 33 Braunschweig, Giesmaroder Straße 70; Ge-
schäftsführer Egon Schiller.

SPD-Landkreis Braunschweig, 33 Braunschweig, Schloß-
straße 8 III, Fernruf 4 12 84 / 85, FS 95 25 22, Vorsitzender
Albert Paxmann, Raulheim; Geschäftsführer Albert Steinke.

SPD-Kreis Blankenburg, 3389 Braunlage/Harz, Harzburger
Straße 15a, Fernruf 2 50, Vorsitzender August Wagner,
3389 Braunlage, Harzburger Straße 15a; ehrenamtlicher
Geschäftsführer August Wagner.

SPD-Unterbereich Gandersheim/Goslar, 338 Goslar, Berg-
straße 6, Fernruf 36 11, Vorsitzender Adolf Richter, 3391
Wolfshagen, Triftweg; Geschäftsführer Günter Brinker.

SPD-Kreis Helmstedt, 333 Helmstedt, Schulstraße 24,
Fernruf 22 03, Vorsitzender Rudi Hauck, 333 Helmstedt,
Roter Torweg 7; Geschäftsführer Rolf-Dieter Backhaus.

SPD-Kreis Salzgitter, 332 Salzgitter-Lebenstedt, Thiestr. 24,
Ruf 4 30 82, Vorsitzender Hans-Jürgen Junghans, 3327 Salz-
gitter-Bad, Dahlebergweg 19; Geschäftsführer Hans-
Ulrich Nitschke.

SPD-Kreis Wolfenbüttel, 334 Wolfenbüttel, Lange Straße 13,
Fernruf 2 28 64, Vorsitzender Ernst Kunkel, 334 Wolfen-
büttel, Heilerstraße 5; Geschäftsführer Ursula Meintzki.